

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen**

73. Sitzung  
10. März 2016

Beginn: 10.03 Uhr  
Schluss: 12.18 Uhr  
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Wir kommen zu

#### Punkt 2 der Tagesordnung

- |   |                                    |
|---|------------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Konzept zur Verbesserung der Situation von<br/>Flüchtlings mit besonderem Schutzbedarf,<br/>insbesondere hinsichtlich der Maßnahmen zur<br/>Verbesserung der Situation geflüchteter Frauen</b><br>(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | <a href="#">0238</a><br>ArbIntFrau |
| b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 17/2569<br><b>Geflüchtete Frauen schützen</b>  | <a href="#">0234</a><br>ArbIntFrau |

- c) Antrag der Fraktion Die Linke [0246](#)  
Drucksache 17/2703 ArbIntFrau  
**Besondere Situation geflüchteter Frauen** Haupt  
**berücksichtigen, spezifische Angebote zur**  
**Integration und Partizipation sichern**
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0243](#)  
**Gewaltschutz für Frauen und Mädchen in** ArbIntFrau  
**Flüchtlingsunterkünften**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der  
CDU)

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße ganz herzlich unsere beiden Anzuhörenden, Frau Kamau und Frau Wahl. Herzlich willkommen! Ich stelle Sie ganz kurz vor: Frau Wahl ist von der EJF gemeinnützige AG, Leiterin des Wohnheims für Flüchtlinge im Georg-Kriedte-Haus in Tempelhof. Frau Kamau ist von International Women's Space und unsere zusätzliche Anzuhörende. Da sie eine Übersetzung braucht, ist Patricia Lavington auch mit dabei und übersetzt. – Möchte jemand ein Wortprotokoll beantragen? – Ja! Frau Breitenbach, danke schön! – Ich würde jetzt gern mit Frau Wahl beginnen und nach fünf Minuten wechseln. Ich gebe dann ein Zeichen, damit Sie wissen, wann die fünf Minuten ungefähr um sind. – Frau Wahl! Herzlich willkommen! Bitte beginnen Sie!

Ach so, Entschuldigung! Zum Tagesordnungspunkt 2 a „Konzept zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen mit besonderem Schutzbedarf, insbesondere hinsichtlich der Maßnahmen zur Verbesserung der Situation geflüchteter Frauen“ auf Antrag der Fraktion Die Linke muss Die Linke noch einen kurzen Input geben. Der Punkt ist in Verbindung mit Punkt 2 b „Geflüchtete Frauen schützen“, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und dem Antrag der Linken „Besondere Situation geflüchteter Frauen berücksichtigen, spezifische Angebote zur Integration und Partizipation sichern“ sowie dem neu dazugekommenen Besprechungspunkt 2 d auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU „Gewaltschutz für Frauen und Mädchen in Flüchtlingsunterkünften“. Da Die Linke den Tagesordnungspunkt eingereicht hat, ist die Frage: Möchten alle – es sind ja wirklich fast alle Parteien genannt – begründen, warum wir eine Anhörung zu dem Tagesordnungspunkt haben, oder verzichten Sie? – Ein Satz! Wunderbar! Dann beginnen wir mit der Fraktion Die Linke. – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Vielen Dank! – Wir haben ja hier im Ausschuss schon sehr häufig über geflüchtete Menschen gesprochen, aber wir haben selten über die Situation der geflüchteten Frauen gesprochen. Es gibt eine ganze Reihe von Schriftlichen Anfragen dazu, die deutlich gemacht haben, dass eine Anhörung dazu wichtig ist und dass das Land hier auch handeln muss. Wir haben auch gehört, dass die Senatsverwaltung jetzt dabei ist, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten, um die Situation der geflüchteten Frauen insgesamt, aber auch in Unterkünften zu verbessern, wo sie ja, wie wir auch wissen – zunehmend wird es öffentlich –, relativ häufig Gewalt ausgesetzt sind und es zu wenig Hilfe gibt. Andererseits ist die Situation auch so, dass sie sich vor dieser Gewalt nicht schützen können – deshalb heute die

Anhörung. Ich würde es jetzt dabei belassen. Oder sollen wir die Anträge auch schon begründen?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Das machen wir nach der Anhörung in der allgemeinen Besprechung. Das ist praktischer. – Frau Dr. Czyborra, bitte sehr, zu 2 d!

**Dr. Ina Czyborra (SPD):** Es ist ein Thema, das uns alle sehr bewegt und uns allen am Herzen liegt. Das sieht man auch daran, dass alle Fraktionen etwas zu diesem Thema angemeldet haben. Uns ging es vor allem darum, bei den vielen Forderungen, die berechtigterweise im Raum stehen, und Anträgen, die in allen Fraktionen besprochen, beraten und beschlossen werden, uns auf einen gemeinsamen Stand zu bringen, was seitens des Senats alles umgesetzt ist, was alles sich in Umsetzung befindet, was in der Pipeline ist, damit wir wissen, was alles passiert, und dann auch wissen, wo wir ansetzen müssen, falls wir dort noch Handlungsbedarf identifizieren.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Ich verzichte im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf eine Ausführung. Wir haben im November 2015 einen Antrag dazu gestellt, und ich möchte dann gern in der allgemeinen Aussprache darauf zu sprechen kommen. Jetzt fangen wir aber wirklich an. – Frau Wahl, jetzt haben Sie das Wort. – Bitte sehr!

**Christiane Wahl (EJF gemeinnützige AG, Wohnheim für Flüchtlinge im Georg-Kriedte-Haus, Tempelhof):** Ich möchte mich erst mal ganz herzlich für die Einladung bedanken bei allen hier im Ausschuss und dafür, dass das Thema heute auf der Tagesordnung ist. Ich finde es selbstverständlich auch klasse, dass jetzt Frau Kamau auch angehört wird, und finde es auch notwendig. – Ganz kurz zu meinem Hintergrund: Mein Name ist Christiane Wahl. Ich arbeite seit sieben Jahren in der Flüchtlingshilfe als Leitungskraft von zwei verschiedenen Wohnheimen, inzwischen wieder in Berlin, und ich habe vorher zehn Jahre hier in Berlin auch aktiv und sehr gern in der Anti-Gewalt-Frauenarbeit gearbeitet. Daher sind mir beide Arbeitsfelder einigermaßen vertraut mit allen Höhen und Tiefen.

Kurze Einleitung, das dürfte Ihnen allen sicher bekannt sein: Es gibt kaum valide Daten zu den Gewaltübergriffen oder Gewaltsituationen von Flüchtlingsfrauen in der BRD und wahrscheinlich mehr oder weniger auch weltweit. Es gab 2004 eine kleine Untersuchung, also nur eine stichprobenartige Befragung, des Bundesministeriums für Frauen, Senioren, Jugend und Familie. Daraus ging damals hervor, dass ein großer Teil der Flüchtlingsfrauen, die befragt wurden, von verschiedensten Formen der Gewalt betroffen sind. Das kann ich aus der Praxis so bestätigen – leider, aber es ist so. Ich denke, dass hier die staatlichen Institutionen und auch die Regierung gefragt sind, die Istanbul-Konvention und die EU-Konvention zum Schutz besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge umzusetzen. Ich sehe da in einigen Punkten noch Handlungsbedarf.

Ich weiß, dass es in Berlin ein relativ gut aufgestelltes Anti-Gewalt-Schutzsystem gibt, ich weiß aber auch, dass dort die Plätze nicht ausreichen. Wir hatten einzelne Anfragen – ich habe jetzt keine Umfrage in den Flüchtlingsunterkünften machen können, ich habe aber immer einen regen Austausch mit den Kolleginnen aus den anderen EJF-Einrichtungen, aber auch anderen befreundeten Einrichtungen. Es gibt Gewaltvorfälle unterschiedlichster Art, Beziehungsgewalt, aber auch Gewalt durch andere Bewohner. Mir persönlich ist noch nicht berichtet worden, dass Bewohnerinnen von Securities angegriffen wurden, aber ich denke, so etwas

ist immer möglich, so wie ich die Praxis kenne. Das dürfen wir auf keinen Fall ausschließen oder unberücksichtigt lassen.

Ich finde es absolut notwendig, dass sowohl ausreichend Plätze in den bestehenden Anti-Gewalt-Schutzeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden als auch noch mehr Plätze in besonderen Schutzunterkünften für gewaltbetroffene Frauen geschaffen werden. Es ist – in Anführungszeichen – nicht nur die Gewalt, die hier in den Einrichtungen erlebt wird, sondern es ist natürlich auch die Gewalt, die u. a. der frauenspezifische Fluchtgrund sein kann. Es kann auch eine Reihe – und das passiert auch – verschiedenster Formen von Gewalterfahrungen auf der Flucht entstehen.

Wir haben bei uns zwei junge Frauen aus Syrien – ein Beispiel von ganz vielen –, die alleine, vor der Familie vorgeflüchtet sind, weil der Vater erblindet ist und die Mutter auch sehr krank ist. Die haben das Geld zusammengekratzt und es den Töchtern gegeben. Die sind 21 und 23 Jahre alt. Die haben auf der Flucht keine Nacht beide gleichzeitig geschlafen, eine hat immer aufgepasst, dass ihnen nichts passiert. Sie sind auch zum Glück halbwegs unversehrt durchgekommen. Sie sind dann hier in Berlin in der Erstaufnahmeeinrichtung untergekommen, und es setzen sich bestimmte Dinge fort. Sie konnten nie alleine in die Dusch- und Waschräume gehen. Viele der Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte hier in Berlin und anderswo sicher auch – wir haben das große Glück, dass wir das in unserer Einrichtung nicht haben, aber das liegt an den baulichen Konstruktionen und nicht nur an mir – erfüllen nicht den Standard, dass sich Frauen geschützt und sicher fühlen können – Kinder auch nicht, z. T. sicher auch Männer nicht, aber wir sprechen heute über die Situation der Frauen. Es muss nicht immer ein akuter, heftiger Übergriff passieren, nach dem man gleich die Polizei einschalten muss. Das tun wir natürlich. Ich hoffe, dass dieses Wissen inzwischen so verbreitet ist, dass das in allen Heimen getan wird, das würde ich aber auch nicht zu 100 Prozent unterschreiben wollen – ohne irgendjemanden zu diskreditieren. Es gibt auch Bedrohungsszenarien von männlichen Mitbewohnern, die im Schutz der Masse ihre Macht ausüben können. Ich denke, das kennt jede Frau und jeder bewusste Mann, wenn man U-Bahn fährt und, und, und, dass wir alle in irgendeiner Form Pöbeleien und Blicken ausgesetzt sind oder waren. Das betrifft Frauen, die schutzlos sind in den Einrichtungen, umso mehr.

Wir können als Mitarbeiterinnen, sowohl die Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialdienst als auch ich als Leiterin, nicht alle Situationen im Blick haben. Natürlich sind wir sensibel dafür, aber es braucht unbedingt in den bestehenden Einrichtungen einzelne Flure, abtrennbare Bereiche, damit die Frauen dort auch Schutzräume haben. Natürlich gibt es Familien, aber auch da ist genauso wie in deutschen Familien Gewalt in der Familie ein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Dafür braucht es genug Plätze in den Frauenhäusern, in den Schutzeinrichtungen, und es braucht auch spezielle psychologische Beratung, um erlebte Gewalt bearbeiten zu können. Dafür haben wir kaum Kapazitäten. Natürlich können wir auf die Infrastruktur in Berlin zurückgreifen, aber die Therapeutinnen – Frauen in dem Fall eher –, die muttersprachliche Therapie anbieten und gut sind, sind fast alle ausgebucht. Ich sehe da einen großen Bedarf. Ich denke, es braucht auch für die Flüchtlingsunterkünfte Gewaltschutz- und Kinderschutzkonzepte. Es braucht Standards für diese Arbeit. Ich werde oft von Kolleginnen angefragt, weil sie wissen, dass ich beide Hilfesysteme kenne. Aber das ist manchmal auch eher Zufall. Hier muss viel standardisiert werden. Es muss genau geguckt werden, dass auch die Securities geschult werden. Da sehe ich auch einen großen Handlungsbedarf. Und dass es vielleicht auch – damit komme ich zum Ende – spezielle Empowermentangebote für

die Frauen, aber auch spezielle Trainingskurse für einzelne Männer gibt, fände ich auch nicht verkehrt. – Vielleicht so weit erst mal in Kürze.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Es werden wahrscheinlich noch Fragen an Sie gerichtet werden, davon gehe ich aus. Vielen Dank, Frau Wahl! – Nun kommen wir zur zweiten, spontanen Anzuhörenden. – Frau Kamau, bitte sehr, Sie haben das Wort! Ich gebe Ihnen kleine Zeichen, wenn die fünf Minuten ungefähr um sind. Bitte!

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): Thank you for the opportunity! We women coming from colonized countries are faced with very discriminating challenges.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Wir konnten uns vorher gar nicht absprechen. Ich wusste jetzt nicht, in welcher Sprache Sie sprechen werden. I didn't know what language you're using, French or English. But I think we're all able to understand English. Is it okay to cancel the translation? – [Zuruf] – Genau! Ich würde das auch sagen. Das war jetzt der Test, deshalb habe ich selber Englisch gesprochen. Sie haben das alle verstanden. Sehr gut! Ich würde sagen, wenn es Fragen gibt, würden wir uns an Frau Lavington wenden, aber ich gehe davon aus, dass verstanden wird, was Frau Kamau sagt. Ist das richtig? – Frau Breitenbach, bitte sehr!

**Elke Breitenbach** (LINKE): Hier gibt es jetzt die Bitte, dass übersetzt wird.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Gut, dann übersetzen wir es. Es war nur ein Versuch, Zeit zu sparen. – Bitte sehr! Please, go on!

**Jennifer Kamau** (International Women's Space): We women coming from colonized countries are faced with very discriminating challenges.

**Patricia Lavington:** Es geht um die diskriminierenden Herausforderungen, mit denen die Frauen, die aus ihren Ländern geflohen sind, zu kämpfen haben.

**Jennifer Kamau** (International Women's Space): We are fleeing from sexualized and domestic violence, female genital mutilation, forced marriages and rape.

**Patricia Lavington:** Erzwungene Ehen, sexuelle Gewalt, Beschneidung – all das sind Themen, mit denen sich diese Frauen beschäftigen müssen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): This patriarchal system do not embrace equality for us. That's why gender persecution needs to be included in the asylum procedure.

**Patricia Lavington:** Das patriarchalische System, in dem wir leben, „offers“ keine Gleichberechtigung für Frauen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): When we come to Europe and still have to face the same challenges in the asylum system, the system does not recognize our position in the societies and we are thrown in the asylum procedure with the men.

**Patricia Lavington:** Dann kommen diese Frauen hier nach Europa und müssen sich mit denselben Herausforderungen beschäftigen. Dieses System erkennt die Position der Frauen in der Gesellschaft nicht an, und die Frauen sind gezwungen, zusammen mit Männern in die „asylum procedure“ zu gehen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): The already traumatized women who come all the way and have to pay for favours for men as they have on their way to reach here, are put five in a room.

**Patricia Lavington:** Und dann müssen sie sich auch noch zu fünft das Zimmer teilen, wie gesagt, ungeschützt zusammen mit den Männern.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): You are put five in a room with all the trauma each person is facing. Nobody knows each other and sometimes you don't even speak the same language.

**Patricia Lavington:** Genau, das ist auch ein Problem, dass die Menschen, die zusammen in Zimmer gepackt werden, sich nicht kennen, nicht einen gemeinsamen Hintergrund haben, nicht eine Sprache gemeinsam sprechen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): The patriarchal constructions disables us that most woman still believe that the man is the head of the family.

**Patricia Lavington:** Die patriarchalischen Strukturen entkräften oder machen unfähig – – Also die Frauen, die aus dieser Familie kommen, denken, dass der Mann der Kopf der Familie ist, und das System unterstützt sie nicht, dort rauszukommen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): Applying for asylum as a family denies the women the possibility of getting out of the marriage when and if she experiences violence.

**Patricia Lavington:** Es gibt keine Möglichkeit für diese Frauen, sich zu trennen. Einer Frau, die in einer gewaltvollen Beziehung feststeckt, wird nicht gestattet, sich von ihrem Mann zu trennen, weil es ja nur ein Asylverfahren pro Familie gibt. Also Mann und Frau werden ja in einem Asylverfahren bearbeitet, und die Frau hat nicht die Möglichkeit, sich zu trennen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): Isolating woman in lagers exposes them again to a lot of vulnerability.

**Patricia Lavington:** Frauen in Lagern zu isolieren, „exposed“ sie, macht sie angreifbar.

**Jeniffer Kamau** (International Women’s Space): Women are forced to use buckets in their rooms.

**Patricia Lavington:** Sie sind gezwungen, Eimer in ihren Zimmern zu benutzen.

**Jeniffer Kamau** (International Women’s Space): From fear of walking through the long corridors to the unlockable and unhygienic toilets.

**Patricia Lavington:** Aus Angst, durch den Flur zur Toilette zu laufen.

**Jeniffer Kamau** (International Women’s Space): Sexual harassment and abuse from the men and security are an everyday reality.

**Patricia Lavington:** Sexuelle Gewalt von den Männern, aber auch von den Sicherheitsdiensten ist eine alltägliche Realität.

**Jeniffer Kamau** (International Women’s Space): They are not spared from the racist attacks happening all over Germany.

**Patricia Lavington:** Sie sind nicht befreit oder werden nicht ausgeschlossen von den rassistischen Attacken in ganz Deutschland.

**Jeniffer Kamau** (International Women’s Space): To raise awareness about the situation of refugee women in Germany we formed our group International Women’s Space and one of our goals was and is to document the women’s struggle, to make them visible and to amplify their voices.

**Patricia Lavington:** Um größeres Bewusstsein für die Situation von „refugee women“ zu schaffen, hat Women in Exile und International Women’s Space die Leben der Frauen dort dokumentiert.

**Jeniffer Kamau** (International Women’s Space): This book here [“In our own words/In unseren eigenen Worten, Refugee Women in Germany tell their stories/Geflüchtete Frauen in Deutschland erzählen von ihren Erfahrungen”] is a book we have written from different women all over the world and they’re speaking about the same thing: gender persecution.

**Patricia Lavington:** Dieses Buch beinhaltet alle Frauen und deren Worte zum Thema „Gender Persecution“.

**Jeniffer Kamau** (International Women’s Space): I will leave these two copies here for this commission. It is something that will guide and give an idea – which you all know, it’s not new – about the things that women are facing. But nobody even has the time to document. For example, she says there’s even no data of women in the lager. The women come here, I think it’s about 30 per cent of women who are coming from all over the world. They go to different parts but when they get here it’s still not what they thought it was going to be.

**Patricia Lavington:** Keine Frau, die hierher kommt, hätte sich vorgestellt, dass das hier so sein wird. Frau Kamau wird diese zwei Bücher hier lassen für alle, die hier sind, damit sie sich ein Bild machen können von der Situation und den Impulsen, die in diesem Buch stehen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): I'm open for questions.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Thank you very much! – Frau Kamau is open for questions, also man darf sie was fragen. Danke dafür! – [Beifall] – Ich habe auch schon mehrere Menschen auf der Redeliste. Die Frage ist jetzt: Möchte der Senat schon eine Stellungnahme abgeben?

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau): Meine Stellungnahme wird lange dauern, aber wahrscheinlich haben Sie mehr Interesse, jetzt direkt Fragen zu stellen. Ich stelle es Ihnen anheim. Ich kann gern berichten.

Ich möchte mich auch ganz herzlich bei Frau Wahl und Frau Kamau für die Ausführungen bedanken. Mit Frau Wahl haben wir zwei Dinge zugleich, einmal, dass sie eine Flüchtlingsunterkunft betreibt, und zum anderen, dass sie aus dem Anti-Gewaltbereich kommt, ein glücklicher Umstand, hier eine Ansprechpartnerin zu haben, wenn es darum geht, in allen Unterkünften im gesamten System die Situation zu verbessern. – Frau Kamau! Ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Wir werden heute darüber sprechen, wie wir speziell in Berlin einiges verbessern, was wir schon auf den Weg gebracht haben, aber auch, wo wir noch besser werden.

Der Aspekt, den Sie eingebracht haben, ist viel grundsätzlicher, nämlich dass Frauen, die flüchten, schon während des Fluchtwegs Gewalt erfahren, aber vor allem nicht nur aus patriarchalischen Strukturen kommen, sondern hier auch in ihnen weiterleben. Das ist eine ganz große Fragestellung, was die Werte angeht. Ich glaube, jenseits der Hilfesituation, der Hilfeangebote für schutzbedürftige geflüchtete Frauen ist das ein viel schwierigeres Thema. Wie können wir mit unseren Werten vor allem die geflüchteten Männer erreichen und ihnen vermitteln, dass patriarchalische Lebensvorstellungen hier nicht willkommen sind und hier andere Werte vorherrschen, dass es hier ein selbstbestimmtes Leben ihrer Frauen und der geflüchteten Frauen geben muss, dass wir Wert darauf legen und dass die Gleichstellung von Frauen wichtig ist? – Ich glaube, das ist ein Aspekt, den wir sicher auch im Rahmen der Wertedebatte im Blick haben.

Aber jetzt ganz konkret: Was passiert in Berlin? Was muss noch passieren? – Ich will vorschicken, dass das Thema geflüchtete Frauen und Frauen, die in Gewaltsituationen sind, für Berlin nicht neu ist. Also es ist nicht so, dass wir jetzt dastehen und fragen: Was machen wir? – Danke, dass Sie auch darauf hingewiesen haben! Wir können in Berlin auf ein Hilfesystem für Frauen, die Gewalt erfahren haben, aufbauen, das schon da ist. Wir haben die Frauenhäuser, wir haben die Zufluchtswohnungen, wir haben die BIG-Hotline, wir haben die Anlaufstelle bei der BIG-Hotline, und wir haben jetzt neu die Zweite-Stufe-Wohnungen. Ich will auch gleich dazu etwas in Bezug auf geflüchtete Frauen sagen. Wir haben diverse Beratungsangebote, wo hilfeschuchende Frauen auch professionell unterstützt werden. Wir haben aber eine ganz spezielle Situation, das muss man an dieser Stelle unterstreichen, nämlich dass wir durch die Zahl der geflüchteten Menschen, die so drastisch gestiegen ist, Wohnsituationen in Unterkünften haben, die wir generell nicht für human halten. Die Unterbringung in Turnhallen oder in großen Notunterkünften, wo Tausende von Menschen untergebracht sind, ist

insgesamt keine gute Wohnsituation für alle Beteiligten. Aber wie z. B. auch in Obdachlosenheimen sind in solchen Großunterkünften, wo viele Menschen zusammen sind, generell die Frauen ganz anders betroffen. Da haben wir Parallelitäten. Vielen herzlichen Dank noch mal für die Ausführungen! Das war sehr konkret, und ich will jetzt auch sehr konkret werden in der Frage, wie man damit umgeht.

Als Erstes – und das ist hier auch als Forderung erhoben worden – müssen die Frauen aus den Turnhallen raus. Die Wohnsituation ist, je nachdem, welche Wohnbedingungen für Flüchtlinge gegeben sind, sehr unterschiedlich. Als sehr dramatisch erachte ich die Situation in Turnhallen, aber auch in den Massenunterkünften. Wenn es eine geregelte kleine Unterkunft ist wie bei Ihnen, wo man auch enger zusammenarbeiten kann und die Strukturen etwas anders sind, ist die Situation schon besser. Wenn Flüchtlinge in eigenen Wohnungen untergebracht sind – es ist mein Ziel, das mehr geflüchtete Frauen selbstständig in eigenen Wohnungen leben –, ist die Situation eine ganz andere. Deswegen ist es wichtig, dort abgestuft vorzugehen. Ganz dramatisch ist die Situation in den Turnhallen, wo es keine Schutzräume, keine getrennte Wohnsituation gibt. Dort sind Frauen auch stärker Gewalt- und Belästigungssituationen ausgeliefert. Wir haben in Berlin jetzt konkret auf den Weg gebracht, dass es gesonderte Unterkünfte für geflüchtete Frauen gibt. Das ist noch nicht die Kategorie Frauenhaus, sondern es geht um Frauen, die mit Frauen untergebracht werden wollen, ohne jetzt zu sagen: Ich habe Gewalt erfahren von meinem Mann, ich brauche einen Schutzraum wie in einem Frauenhaus, wo auch die Adresse nicht bekannt ist und dergleichen. Ich will einfach nur getrennt untergebracht sein. Ich will einfach mit Frauen untergebracht sein.

Berlin hat jetzt neben den Unterkünften, die es schon gab – es gab ja schon zwei für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge –, spezielle Unterkünfte nur für Frauen, für Frauen, die alleine flüchten, und Frauen mit Kindern. Zu nennen ist dort das Rathaus Friedenau und die Unterkünfte in der Handjerystraße. In der Einrichtung Handjerystraße ist demnächst Tag der offenen Tür. Dort werden nur Frauen untergebracht, mit Kindern, und perspektivisch wollen wir daran festhalten, dass das Rathaus Friedenau für Frauen offen gehalten wird. Wir haben kurzzeitig die Übergangssituation, dass einige Väter noch da drin sind, aber aktuell gibt es einen Rundruf bei allen Turnhallen, Frauen, die dort untergebracht sind, gezielt ins Rathaus Friedenau zu vermitteln, sodass sie nicht in den Turnhallen bleiben müssen, sondern die neue Unterkunft Rathaus Friedenau nutzen können. Wir sind aber auch der Auffassung, dass es nicht bei den beiden spezialisierten Unterkünften bleiben wird, sondern wir weitere brauchen werden. Das ist jetzt keine abschließende Sache, die ich hier berichte, aber es gibt schon sehr konkrete Umsetzungen.

Wir haben sowohl für LSBTI-Flüchtlinge als auch für geflüchtete Frauen – das haben Sie sicher schon mitbekommen, meine Staatssekretärin hat schon sehr häufig darüber gesprochen – sieben Punkte entwickelt, wo wir sagen, da gibt es auch Parallelitäten. Das sind besonders schutzbedürftige Geflüchtete, denen wir besonderen Schutz bieten müssen. Der erste Punkt – das habe ich schon gesagt – ist: Unterkunft nur für Frauen, das ist ein Baustein. Das haben wir jetzt schon auf den Weg gebracht und werden weitere Unterkünfte auf den Weg bringen.

Der zweite Punkt: Gendersensibilität und Gewaltschutz in Betreiberverträgen. Da sind wir schon sehr weit. Die Verträge sind fertig, die müssen nur umgesetzt werden. Da sind wir bei einem Punkt, den ich schon angesprochen habe, nämlich Verbindlichkeit. Den Betreiberinnen

und Betreibern müssen verbindliche Vorgaben gemacht werden. Dazu im Detail gern mehr – Frau Schmidt-Hijazi, unsere Fachfrau, ist hier dabei. Unsere Vorschläge sind fertig unter Gewaltschutzaspekten, aber auch unter dem Aspekt, wie die Unterbringung von Frauen in den Unterkünften insgesamt sein soll. Das ist genau die richtige Stelle, die Betreiberinnen und Betreiber zu verpflichten, aber nicht nur über die Verträge zu verpflichten, sondern auch zu schulen. Dazu gab es schon Schulungen, und da machen wir auch weiter. Auch dazu kann im Detail Frau Schmidt-Hijazi einiges sagen. Ich habe am Montag alle Betreiber zum Thema Arbeitsmarktintegration zu mir eingeladen. Dort werden wir auch das Thema geflüchtete Frauen und LSBTI mitaufrufen, sodass die Arbeit mit den Betreibern ganz vorne steht. Wie gesagt, zu den Details, was im Vertrag verbindlich vereinbart werden soll, gerne später, um es hier nicht allzu lang werden zu lassen. Die konkreten Punkte, die Sie auch in Ihrer schriftlichen Stellungnahme abgeliefert haben, sind inzwischen eins zu eins Bestandteile der Verträge, die wir ausgearbeitet haben.

Punkt drei: Handlungsleitfaden für die Krisenintervention. Das heißt, es muss auch eine Interventionskette definiert werden. Wenn Gewalt passiert, muss man wissen: Welche Schritte werden gemacht? Wer ist wo Ansprechpartner? Es wird ein Handlungsleitfaden zur Krisenintervention in Gewaltsituationen nach sehr professionellem Standard erarbeitet. Wir greifen auf all das zurück, was wir bisher schon haben, damit alle Beteiligten – das sind nicht nur die Betreiber, das sind die Integrationslotsen, das sind die Sozialarbeiter in den Unterkünften, das ist der Wachschutz – in einer Gewaltsituation wissen, was zu tun ist. Wie gesagt, wir sind da gut aufgestellt mit unserem Hilfesystem, das auch für geflüchtete Frauen zur Verfügung steht.

Punkt vier: Schnelle Identifizierung besonders schutzbedürftiger Frauen. Das ist da A und O. Wir wollen ja nicht, dass es erst zu einer Gewalttat kommt, damit wir sagen: Aha, jetzt ist es ein Fall, um den wir uns kümmern müssen –, sondern wichtig ist, dass schon sehr frühzeitig erkannt wird, dass es eine besondere Situation ist, wo eine besondere Hilfe erforderlich ist. Dieses frühe Erkennen beschäftigt uns sehr, dass man also schon während der Registrierung einen Blick dafür hat, damit diese besonderen Situationen auch entdeckt werden, dass auch das Personal, das schon sehr früh mit den Flüchtlingen zu tun hat, sensibel ist und einen Blick darauf hat und evtl. erkennt, dass es eine Gewaltsituation oder auch eine Situation gibt, wo eine Frau unter Druck steht und sich nicht frei entscheiden oder bewegen kann.

Zum Asylverfahren will ich sagen: Die Verfahren werden ja beim BAMF geführt, und dort gibt es die Möglichkeit, dass man auch als Frau eigenständig einen Asylantrag stellt. Die Frage ist nur: Wissen die Frauen das? – Deswegen müssen wir dort viel stärker mit Informationen arbeiten. Beim BAMF, wird uns gesagt, läuft das schon. Aber wenn Sie sagen, Sie kennen das nicht, dann muss man davon ausgehen, dass diese Information bei den geflüchteten Frauen nicht bekannt ist. Deswegen werden wir auch noch an der Information über unsere Kanäle arbeiten, damit Frauen, die sagen, ich möchte unabhängig von meinem Mann einen Antrag stellen, diese Möglichkeit auch haben.

Punkt fünf: Information der geflüchteten Frauen über ihre Rechte. Über das, was ich gerade gesagt habe, haben wir schon mehrsprachige Informationsflyer der BIG-Hotline auf den Weg gebracht in Arabisch, Persisch, Kurdisch, Urdu und Tigrinya. Auch LARA hat Informationsflyer in Arabisch und Persisch übersetzen lassen. Das heißt, mehrsprachig über das Hilfeangebot zu informieren, ist schon geschehen. Die Verteilung soll nun über die Heimleitertreffen erfolgen, damit diese Flyer auch in der Fläche wirklich vor Ort ankommen. Das steht noch an.

Punkt sechs: Sensibilisierung für genderspezifische Belange, Wegweiser zu wichtigen frauenspezifischen Unterstützungsangeboten. Informationsveranstaltungen sind schon gelaufen, die werden wir aber auch fortführen. Alle Beteiligten in Gewaltsituationen, seien es die Jugendämter, sei es die Polizei, seien es die Krankenhäuser – diese Netzwerke haben wir ja schon. Wir müssen das nur noch verlinken mit den geflüchteten Frauen. Auch die Schulung von Multiplikatoren, beispielsweise die Zusatzqualifikation zu den Themen häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt von Integrationslotsinnen und -lotsen haben wir auf den Weg gebracht, denn diese sind für uns die besten Sensoren. Die sind vor Ort, die arbeiten mit den Flüchtlingen in den Unterkünften. Die zu schulen und zu sensibilisieren ist auch ein Konzept von uns, das wir schon umsetzen. Auch zu anderen Themen wie Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung machen wir die Integrationslotsinnen und -lotsen fit. Die können nicht alle Probleme lösen. Die Integrationslotsinnen und -lotsen sind auch nicht die Lösung, aber sie sind in nahem Kontakt mit den Flüchtlingen, begleiten sie eins zu eins, und wenn sie die Sensibilität haben und wissen, welche Interventionsketten es gibt, dann, denke ich, haben wir auch den Zugang zu den Frauen oder den Zugang der Frauen zu unserem Hilfesystem verstärkt. Es wird auch ein Netzwerk für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen aufgebaut. Das steht an.

Punkt acht: Vernetzung der Anti-Gewaltbereiche, Frauenprojekte und Flüchtlingsarbeit. Auch das ist etwas, was wir zurzeit angehen, auch mit den bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten. Am 9. März gab es hier auch eine Sitzung. Sie sehen, all das, was Berlin hat und bietet, bemühen wir momentan sehr stark, um der Situation gerecht zu werden, und damit geflüchtete Frauen in Berlin nicht nur sicher sind, sondern ein selbstbestimmtes Leben führen und auf eigenen Füßen stehen können.

Als Letztes möchte ich erwähnen, dass es zusätzliche Notplätze für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen gibt. Wir wissen aber auch, dass die ganz normalen Frauenhäuser auch geflüchtete Frauen aufnehmen über die vier Notplätze hinaus. Und – das ist mir ganz wichtig – es gibt unser neues Projekt Zweite-Stufe-Wohnungen, mit dem Frauen in eigenen Wohnungen untergebracht werden. Es ist uns ganz wichtig, dass wir diese Wohnungen gezielt für geflüchtete Frauen aufstellen, damit sie so schnell wie möglich in eigenen Wohnungen untergebracht werden und ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit führen können. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Senatorin! – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Vielen Dank! – Frau Kolat! Sie haben jetzt nichts zu dem Konzept gesagt, aber ich gehe davon aus, dass die Punkte, die Sie genannt haben, Bestandteil des geplanten Konzepts sind. Vielleicht können Sie noch sagen, ob das Konzept jetzt ganz fertig ist, wo wir das nachlesen können, ob wir das kriegen, also den Stand darstellen.

Ich wusste nicht, dass es jetzt die ersten Unterkünfte gibt, die speziell Frauen zur Verfügung stehen. Deshalb würde ich gern wissen: Wie viele Plätze sind es, die zur Verfügung stehen? Wer ist Träger oder Trägerin? Da würde mich interessieren, wie die ausgesucht wurden. Mir geht es nicht in erster Linie um Ausschreibungen, sondern darum, welche besonderen Kompetenzen die mitbringen. Hier wurde eine ganze Reihe von Anforderungen an die Träger von Frau Wahl und Frau Kamau genannt. Erfüllen sie diese Anforderungen, und welche Kompetenzen sind es?

Mich hat jetzt überrascht, was Sie zu den Betreiberverträgen gesagt haben, denn der zuständige Senator hat es meines Wissens bis zum heutigen Tag noch nicht hingekriegt, Betreiberver-

träge abzuschließen, es gibt bisher lediglich Vereinbarungen. Und wenn ich mir die Antworten auf die Schriftlichen Anfragen angucke, steht da nichts von besonderer Situation geflüchteter Frauen, geschweige denn, dass man darauf Rücksicht nehmen soll.

Sie haben auch gesagt, zentral wichtig sei die schnelle Identifizierung besonders schutzbedürftiger Frauen. – Ja, das finde ich auch, aber mir ist nicht klar, wie Sie das erreichen wollen in einer Situation, wo es zunehmend mehr unerfahrene Betreiber und Betreiberinnen gibt, die es nicht mal hinkriegen, die Menschen vernünftig zu versorgen, also grundsätzliche Leistungen zur Verfügung zu stellen, die auch gar nicht wissen, worum es geht. Mir ist nicht klar, wie Sie die Beschäftigten darüber informieren, dass sie geschult werden können oder gar geschult werden müssen. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren: Wie viele Schulungen über die besondere Situation geflüchteter Frauen und darüber, was für Hilfe und Unterstützung es gibt, gab es überhaupt, und wer hat daran teilgenommen?

Ich kenne eine Unterkunft, in der es einen abgeschlossenen Trakt für Frauen gibt, und zwar ist das in den Containern in Buch. Ansonsten kenne ich keine solche Unterkunft, aber gut! Es sind ja sowieso überwiegend Notunterkünfte und Turnhallen, da müssen wir nicht darüber reden, wie erbärmlich dort die Situation der Frauen ist. Es gibt oftmals nicht einen Raum, nicht mal die Toilette, die sie abschließen können. Es kommt immer wieder zu Übergriffen, und ich kenne auch Fälle, wo es zu Übergriffen und Belästigungen durch die Security kam. Mich würde interessieren, wie man da Abhilfe schaffen will. Sie haben Standards genannt. Ja, ich finde auch, wir brauchen verbindliche Standards für alle Notunterkünfte, die auch die besondere Situation der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge berücksichtigen und dann auch kontrolliert werden.

Die Senatorin hat eine ganze Reihe von Maßnahmen genannt. Mich interessiert, ob Sie diese Maßnahmen kennen oder mir sagen können, ob die bei den geflüchteten Frauen bekannt sind und dort auch abgerufen werden. Ja, Berlin hat ein breites Netz und viele Erfahrungen, aber mir ist nicht klar und nicht bekannt, ob all diese Einrichtungen, die Frauen in Gewaltsituationen Hilfe und Unterstützung anbieten, so aufgestellt sind, dass sie geflüchtete Frauen beraten können. Das beginnt ja schon bei den Sprachproblemen. Wir können doch nicht geflüchteten Frauen sagen: Da im Frauenhaus ist was frei, geh mal da hin! –, und es gibt keine Form der Verständigung. Wie wird das geregelt und gelöst? Das ist mir ein großes Rätsel.

Frau Wahl! Eine Frage habe ich noch. Sie hatten in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass die Residenzpflicht für gewaltbetroffene Frauen abgeschafft werden muss. Ist Ihnen bekannt, ob das in Berlin auch ein Thema ist? Wir können das gerade nicht so richtig auf Berlin übertragen. – Dabei belasse ich es erst mal.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke schön! – Herr Kowalewski, bitte!

**Simon Kowalewski (PIRATEN):** Vielen Dank! – Ich mache es auch ganz kurz. Wir haben jetzt aus allen Beiträgen gehört, dass wir scheinbar weit davon entfernt sind, die EU-Aufnahmerichtlinie von 2013, gerade was den Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen angeht, umzusetzen. Da ist jetzt die Frage an Sie, Frau Wahl, aus Ihrer täglichen Erfahrung: Was für einen Eindruck haben Sie? Wie weit sind wir davon entfernt? Wird das Konzept, das die Senatorin gerade vorgestellt hat, nach Ihrer Erfahrung helfen? Kommen wir da weiter, oder ist das weiterhin ein großes Problem?

Jetzt ist noch die Frage – wir haben ja gehört, es gibt Möglichkeiten, z. B. zu Gewaltschutzeinrichtungen zu gehen –: Wie informieren Sie ganz konkret die Frauen, die in Ihrer Unterkunft leben, darüber, z. B. auch über solche Möglichkeiten – wie wir gehört haben –, einen eigenen Asylantrag zu stellen? Und vor allem, wenn Sie sie erfolgreich darüber informiert haben, haben Sie dann in Ihren Abläufen auch ein besonderes Auge darauf, was passiert, wenn z. B. in so einem Fall der Mann mitbekommt, dass seine Frau eine Gewaltschutzeinrichtung aufsucht oder gar beschlossen hat, ihren Asylantrag von seinem abzukoppeln, wenn es dann zu irgendwelchen Kurzschlussreaktionen kommt? Haben Sie konkret erlebt, dass eine Ihrer Kundinnen von der Unterkunft in eine Gewaltschutzeinrichtung gegangen ist, also z. B. in ein Frauenhaus gezogen ist, weil sie keine andere Möglichkeit mehr gesehen hat? Wie lief das? Hat das funktioniert? Gab es da Probleme, die man vielleicht auch vermeiden könnte?

Especially to Mrs. Kamau: What, would you say, needs to happen in Berlin to strengthen and expand self-organized autonomous safe spaces for women who cannot bear to live in mass-accommodation anymore? Or, maybe better: What needs to stop happening? – Thank you!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Thank you, too, Herr Kowalewski! – Frau Vogel, bitte!

**Katrin Vogel (CDU):** Vielen Dank! – Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Das war wirklich sehr interessant. Ich denke, wir sind uns alle darüber im Klaren, dass die Unterbringung von Frauen in Turnhallen oder Massenunterkünften keine Lösung ist, seien es alleinreisende Frauen oder Frauen mit Kindern. Ich möchte aber auch sagen, dass es z. B. bei uns im Bezirk gute Lösungen gibt. Z. B. sind bei uns Flüchtlingsunterkünfte in früheren Hotels, und wir haben ein Hotel, in das nur Frauen und Frauen mit Kindern oder Familien reinkommen. Dort haben die also ihr abgeschlossenes eigenes Bad und können sich auch normal bewegen. Ich finde, das ist eine gute Lösung. Das wird auch von der Unterbringungsleitstelle so geregelt, dass keine alleinreisenden Männer in diese Unterkünfte kommen. Ich finde, das ist eine gute Lösung, und man sollte zusehen, dass es mehr davon gibt.

Mich würde interessieren: Wenn in so einer Unterkunft sexuelle Übergriffe erfolgen, was passiert dann? Man muss ja damit umgehen. Was passiert mit der Frau? Wenn es der Wachschutz ist oder andere aus der Unterkunft es sind, werden die Frauen dann woandershin umgesetzt? Was passiert mit den Frauen tatsächlich? Dann würde mich interessieren: Werden diese Vorfälle statistisch erfasst? Hat die Senatsverwaltung Zahlen, wie viele Fälle es gibt, wer davon betroffen ist?

Ich sehe ein ganz großes Problem, und ich hatte dazu auch eine Anfrage gestellt: Das ist für mich das Thema Wertevermittlung. Wie werden den Leuten, die hierher kommen, unsere Werte vermittelt, und wie wird den Menschen vermittelt, was es für Rechte und Pflichten gibt, und insbesondere auch die Strafbewehrtheit vermittelt? Man muss denen ja auch klarmachen, was passiert, wenn sie sich nicht an die Regeln halten. Ich habe das Gefühl, als ob das nicht wirklich passiert. Bei der Antwort, die jetzt von der Senatsverwaltung zum Thema Wertevermittlung kam, fehlt mir ein bisschen der rote Faden, da fehlt mir die Linie. Da macht jeder Träger, was er denkt und was er will. Eigentlich müsste da eine Regelung getroffen werden, die für alle verpflichtend ist. Es muss den Frauen klargemacht werden, dass sie hier gleiche Rechte haben wie Männer, und es muss den Männern genauso klargemacht werden, dass Gleichstellung bei uns nicht verhandelbar ist. Da fehlt mir der Faden. Vielleicht haben Sie noch eine Idee, was man tun könnte, um Menschen, die hierher kommen, genau dieses Wissen zu vermitteln.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Vogel! – Jetzt hatte ich mich auf die Redeliste setzen lassen. Als Frauen- und Gleichstellungspolitikerin habe ich zu dem Thema natürlich auch etwas zu sagen. Ich bin ja nicht nur Vorsitzende. – Aber ganz kurz ein Tipp für Sie, Frau Vogel: Die meisten von Ihnen wissen das nicht, aber Sie regieren diese Stadt mit. Wenn Ihnen der rote Faden fehlt, dann machen Sie ihn! Häkeln Sie ihn, stricken Sie ihn, malen Sie ihn auf – keine Ahnung! Natürlich liegt es an Ihnen, zusammen mit Ihrem Koalitionspartner zu sagen: Dafür geben wir hier mal richtig Geld aus, wir nehmen Geld in die Hand, wir schicken Leute zur Wertevermittlung in diese Unterkünfte, die sind vielleicht auch mehrsprachig, und dafür haben wir jetzt ein Programm aufgelegt. – Wenn Ihnen das so wichtig ist, kann ich Sie nur auffordern, das zu tun, denn Sie regieren diese Stadt, und Wertevermittlung ist eine wichtige Sache für Sie, das weiß ich.

Aber davon abgesehen, habe ich auch noch einige Fragen an die Senatorin, an die Senatsverwaltung. Ich begrüße es sehr, was Sie gesagt haben, diese verbale Aufgeschlossenheit – leider bei weitgehender Verhaltensstarre. Es tut sich nichts. Da wollen wir doch mal zum Punkt kommen: Wie ist das mit den Ressourcen? Ich sehe da hinten unsere Besucherinnen, ein paar

kenne ich, sie sind nämlich Angestellte von Frauenhäusern. Mit denen bin ich, genau wie die anderen frauen- und gleichstellungspolitischen Sprecherinnen in einem guten Kontakt, und wir unterhalten uns eigentlich ständig über Ressourcen. Das ist der Kern unserer Gespräche der letzten zehn Jahre gewesen, während die Senatorin immer sagt, Berlin hat ein fantastisches System, es ist alles so unglaublich großartig, dass alle so sein wollen wie Berlin. Das ist die Kernaussage der Senatorin zur Situation von Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen. Da freue ich mich immer, ich weiß aber, leider stimmt das nicht, denn das System ist sehr stark belastet und kipelt immer vor sich hin. Da müssten wir eigentlich mehr Ressourcen reintun.

Jetzt kommt die besondere Situation der geflüchteten Frauen auf uns zu. Ich weiß von einem Frauenhaus, das eine einzige geflüchtete Frau aufgenommen hat und damit an seine Grenzen gestoßen ist, weil schon die Sprachvermittlung sehr schwierig war. Es gibt ja keine oder nicht ausreichend Gelder dafür. Man hat sich auch nie Gedanken darüber gemacht, ob man den Vorschlag der Kollegin Bayram vielleicht aufgreift, das per Telefon oder per Telekommunikation zu machen. Das gibt es alles, aber eben nicht flächendeckend. Also: Seien wir ehrlich miteinander, deshalb sitzen wir ja in diesem Ausschuss: Es reicht hinten und vorne nicht. So sieht es leider aus.

Deshalb meine vordringlichste Frage – dafür haben wir im November auch den Antrag „Geflüchtete Frauen schützen“ gestellt, der heute mitberaten wird –: Wie sieht es aus mit den Verbindlichkeiten? Welche Gelder gibt es, welche Ressourcen gibt es? Das schöne Konzept mit den Betreibern und Betreiberinnen von Flüchtlingsunterkünften – das ist alles richtig, das entspricht auch dem, was der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, der Bundesverband in dem Fall, Mitte letzten Jahres herausgegeben hat, eine Art Leitfaden, eine Arbeitshilfe haben die das genannt: „Wie schütze ich Frauen und Mädchen in den Unterkünften vor Gewalt?“ Das hört sich alles ganz gut an, ich freue mich auch, dass Sie da Versatzstücke aufgenommen haben, aber die Frage ist doch: Wer kontrolliert das eigentlich, und wie wird das kontrolliert? Wer geht da hin und fragt: Na, Leute, wie sieht's denn aus bei euch? Was machen die Frauen? Kann man die Toiletten abschließen? Haben die vielleicht einen Schutzraum, wo sie sich auch mal zurückziehen können? – Das fehlt mir, denn es geht mir genau wie Frau Breitenbach: Wenn ich dann in diese Turnhallen oder Flüchtlingsunterkünfte gehe mit dem Leitfaden des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in der Hand und frage: „Kennen Sie den schon?“ –, dann sagen viele: „Ja, den kennen wir.“ – „Und, wie sieht es aus?“ – „Geht nicht!“ – Dann höre ich immer, das geht nicht. Deshalb muss dieses System auch Kontrollen beinhalten, es muss Kontrolleure und Kontrolleurinnen geben. Wenn kontrolliert wird und das, was da gefordert wird, nicht erfüllt wird, was passiert dann? Wird dann diese Flüchtlingsunterkunft geschlossen? Mir ist kein Fall bekannt. Wir kennen jetzt viele Fälle, wo wir sagen: Oh, da ist es schiefgelaufen. – Was passiert dann? Wenn es weder Kontrollen noch irgendwelche Sanktionen gibt, dann haben wir noch sehr viel zu tun.

Deshalb die Frage an die Senatsverwaltung und an unsere Anzuhörenden: Frau Wahl! Was wären Ihre top drei, wenn Sie sich was wünschen dürften? Was sollte möglichst schnell, wenn nicht sofort umgesetzt werden?

And the same question to you, Miss Kamau: What are your top-three-things to do, exactly or just briefly for the next days and months? What are the things we have to do?

Das waren meine Fragen. Vielen Dank! – Als Nächste habe ich Frau Haußdörfer auf der Liste, und dann machen wir kurz eine Antwortrunde. – Bitte sehr, Frau Haußdörfer!

**Ellen Haußdörfer (SPD):** Vielen herzlichen Dank, dass ich auch reden darf! Es ist ein Thema, das sich durchaus überschneidet mit Themen aus dem Sozialausschuss. Darum ist es auch sehr gut gewesen, dass wir dazugeladen wurden. – Ich weiß gar nicht, ob jemand aus der Sozialverwaltung hier ist, das ist der Fall, wunderbar, herzlichen Dank! – Es ist eine Querschnittsaufgabe, weil es nicht nur eine, sondern mehrere vulnerable Zielgruppen gibt, die hier angesprochen worden sind.

Wir haben gerade bei den Frauen, bei den jungen und den älteren, nicht nur die Notwendigkeit der medizinischen Versorgung, sondern auch der Traumatabehandlung. Die SPD-Fraktion hatte gestern eine sehr gut besuchte Veranstaltung zum Thema medizinische Versorgung von Flüchtlingen, und dort hat Frau Dr. Mercedes Hillen vom Zentrum für Folteropfer, dessen Mittel dank der Senatshilfe noch mal aufgestockt wurden, mitgeteilt, dass häufig gar nicht bekannt ist, dass gerade bei psychischen Belastungen und der Traumabearbeitung Betten und Kapazitäten genutzt werden können. Mich interessiert, ob diese Information bis in die – in Anführungszeichen – letzte Einheit bekannt ist. Häufig müssen jenseits der Gewalterfahrungen die Fluchterfahrungen, aber auch der Fluchtgrund verarbeitet werden, was sich – das wurde schon bestätigt – dramatisch in bestimmten Verhältnissen der Unterbringung wiederholt.

Ebenso würde mich interessieren, ob sich die Verfahren so langsam eingeschliffen haben, wie Hilfe zu bekommen ist. Häufig gibt es mit den Krankenkassen oder wem auch immer Rückmeldungen und Rückfragen, und es ist schon schwierig, wenn eine Frau mit einem gebrochenen Handgelenk mindestens drei Wochen warten muss, um überhaupt einen Termin zu bekommen. Das betrifft nicht nur Frauen, aber es ist gerade für die Gruppen, Alleinreisende z. B., die noch Kinder zu versorgen haben, sicherlich besonders schwierig.

Ja, es gibt die guten Beispiele in den Bezirken, meistens die ehemaligen Hotels, die eine besondere Wohnsituation bieten. Ein Beispiel, auf das Frau Vogel rekurriert hat, ist z. B. die Einrichtung im Schwalbenweg in Treptow-Köpenick. Genauso gibt es in einigen NUKs z. B. Frauenräume. Das sind aber alles Sachen, die die Träger freiwillig auf ihre Kappe nehmen, weil es dafür keine Anerkennung oder irgendwas gibt. Es ist gerade für die Frauen wichtig, einen Raum zu haben, wo sie ihr Kopftuch abnehmen und für sich sein, sich austauschen können und einfach einen geschützten Raum haben jenseits der damit einhergehenden Probleme wie Wachschatz, die schon angesprochen wurden.

Da würde mich interessieren, ob es so eine Art Best-Practice-Beispiele der Einrichtungen gibt, denn ein Punkt, den wir sicherlich mitberücksichtigen müssen, ist, dass viele Träger in die Flüchtlingsunterbringung gekommen sind, die vorher nicht in diesen Bereichen gearbeitet haben und an manchen Stellen auch nicht wissen, wer beim Jugendamt für die Kitaunterbringung zuständig ist – oder beim Schulamt. Das müssen die teilweise alles lernen. Dafür gibt es auch die Runden Tische in den Bezirken. Aber mitunter wäre es vielleicht ganz gut, wenn man so ein Best-Practice-Faltblatt oder eine Plattform hätte, um sich auszutauschen, was alles möglich ist, ob das nun Handarbeit oder das Sammeln von Wolle oder Kochen oder welche Art von Betätigung auch immer ist. Das hatte auch Herr Cwojdzinski von der AG Medizin beim LKF bestätigt. Das Schlimmste, was einem passieren kann, ist, dass man nichts zu tun

hat, keinen richtigen Sinn und Zweck hat. Jenseits der genderspezifischen Klischees, also Handarbeit und Kochen, ist also meine Anregung: Es gibt ja schon gute Ansätze in den Bezirken, in den einzelnen Einrichtungen, aber wenn es so ein Kompendium geben würde, wäre das vielleicht für die eine oder andere Einrichtung jenseits der Betreibervertragsformulierung ein Hinweis, wie man damit umgehen kann.

Ich habe drei Fragen. Ich glaube schon, nicht nur die Sensibilisierung und Information der Integrationslotsen, sondern auch Hilfe für die Helfer ist ein wichtiger Stichpunkt. Wir in Adlershof haben ja ein kleines Modellprojekt gemacht, wo die Helfer eine Supervision erhalten. Das, was man als Helfer von den Frauen an traumatischen Erlebnissen zu hören bekommt – das weiß ich aus eigener Erfahrung –, nimmt man ja mit nach Hause. Das lässt man nicht an der Tür der Einrichtung, sondern man nimmt es mit. Da ist die Frage, ob es in dem Bereich angedacht ist, jenseits von solchen kleinen Modellprojekten Supervision, Hilfe für die Helfer zu organisieren.

Die zweite Frage, die ich habe, kam auch gestern bei der Veranstaltung sehr stark hoch. Es gibt noch eine besonders vulnerable Gruppe innerhalb der Frauen, nicht nur, was die gesundheitliche Versorgung betrifft: Das sind die hochschwangeren Frauen. Der Berliner Hebammenverband schätzt zusammen mit der Caritas, dass jede dritte Frau schwanger ist in irgendeinem Stadium. Keiner kann diese Zahl einschätzen, aber es wurde auch deutlich, dass es geschätzt 400 Neugeborene gibt, die gar nicht registriert sind. Die Standesämter haben spezielle Vorsorgen, aber die Frage ist – das ist sicherlich die Querschnittsaufgabe zusammen mit der Senatsverwaltung für Gesundheit –, ob es spezielle Programme für diese vulnerable Gruppe gibt. Das geht von der Bezahlung der Hebamme über den Zugang zu dem Angebot und der entsprechenden Unterbringung in den Einrichtungen. Das ist eine schwierige Lage nicht nur in der Turnhalle. Kleine Kinder schreien und brüllen – das kenne ich ja selber –, aber es ist auch der soziale Frieden in einem beschränkten Raum sicherzustellen. Diese Frauen, gerade in der Wochenbettphase, sind besonders vulnerabel. Wie sieht die spezielle Hilfe für die aus?

Die dritte Frage, die ich habe: Es gibt ja Bundesprogramme und durchaus eine Aufstockung der Gelder im Bereich soziale Stadt, aber auch Bildung und Integration im Quartier. Inwieweit partizipiert das Land Berlin davon? Es gibt einige Projekte, die ausgezeichnet wurden bzw. ihren Antrag eingereicht haben. Mich interessiert, ob es eine Rückmeldung gibt bezüglich des Erfolgs, weil wir sicherlich an diesem Bundesprogramm gut partizipieren können aufgrund der guten Vorarbeit. – Danke!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Haußdörfer! – Jetzt haben Sie das Wort. Frau Wahl, fangen Sie an? – Ich hoffe, Sie konnten die Fragen identifizieren und haben jetzt Zeit, die auch zu beantworten. Bitte sehr!

**Christiane Wahl** (EJF gemeinnützige AG, Wohnheim für Flüchtlinge im Georg-Kriedte-Haus, Tempelhof): Es waren zahlreiche, ich hoffe, ich bringe jetzt nicht alles durcheinander. Ich fange mit Ihrer Frage an. Die top drei aus meiner Sicht sind – da fasse ich gleich einen Punkt zusammen – zusätzliche Plätze in frauenspezifischen Flüchtlingsunterkünften oder auch völlig separate Unterkünfte für Frauen, gleichzeitig aber auch die Aufstockung der Frauenhausplätze in Berlin. Das gehört für mich zusammen, weil sich diese beiden Hilfesysteme an der Stelle gut oder noch besser miteinander vernetzen und verzahnen müssen. Dann, denke ich, braucht es für alle Flüchtlingsunterkünfte umfängliche Gewaltschutz- und Kinderschutz-

konzepte, und wir brauchen auch Standards, Handlungsleitfäden. Auch ich habe das noch nicht richtig zu Papier gebracht, aber wir wissen bei uns in der Einrichtung: Wie ist der Ablauf? Wie reagieren wir auf Gewaltsituationen? – Das wären für mich die drei wesentlichen Punkte, die schon einiges lösen würden.

Ergänzen möchte ich – das wurde auch mehrfach gesagt –: Die Unterbringung in den Turnhallen und Messehallen ist für alle Beteiligten, aber gerade für Frauen erschütternd. Da gibt es keine Rückzugsräume. Es gibt auch in den neu aufgebauten Notunterkünften in der Regel keine abschließbaren Räume. Das wurde auch vielfach genannt. Da müssen auf jeden Fall Standards gesetzt werden. Wir haben es in unseren Einrichtungen und auch in vielen anderen, dass die Räume abschließbar sind. Aber das muss auf jeden Fall kontrolliert und gewährleistet werden. Das ist ein Minimalschutz.

Dann wurde nach der Residenzpflicht gefragt. Ich habe das bewusst aufgeschrieben, weil das in der Diskussion war und ich es von früher kenne, als ich noch in der Anti-Gewaltarbeit tätig war. Wenn das wieder eingeführt würde – das ist in Berlin im Moment nicht so – [Canan Bayram (GRÜNE): Doch! In Berlin gilt für jeden neu Angekommenen die Residenzpflicht!] – Okay! Das heißt, dass Frauen, auch wenn sie von Gewalt betroffen sind, nicht die Möglichkeit haben, z. B. von Berlin nach Potsdam zu fahren und in einem anderen Bundesland unterzukommen. Das habe ich teilweise in der Praxis versucht, das ist mir fast nie gelungen. Das war sehr aufwendig. Ich finde, es muss klar sein, dass eine Frau, die von Gewalt betroffen ist, auch schnell in eine Gewaltschutzeinrichtung in einem anderen Bundesland umziehen kann. Das ist mir sehr wichtig.

Wir haben auch bei uns in der Einrichtung keine Erfassung der Gewaltvorfälle. Wir haben auch keine umfängliche Datenbasis, um die Daten, die wir haben, vernünftig auszuwerten – aus Ressourcen- und finanziellen Gründen. Das ist sicher auch erforderlich. Wir hatten in unserer Einrichtung noch keinen Fall, wo wir eine Frau in ein Frauenhaus vermittelt haben, hatten aber zwei-, dreimal Fälle von häuslicher Gewalt, wo wir auch gut mit der Polizei zusammenarbeiten konnten. Da haben die Männer einen Platz- und Hausverweis gekriegt, und den Frauen war auch klar, dass sie sich trennen wollten. Ich war froh, dass wir das auf die Weise lösen konnten. Ich habe von einer Kollegin aus einer anderen EJF-Einrichtung von einem schweren Problemfall gehört. Die konnten eine Frau nicht in einem Frauenhaus in Berlin unterbringen, weil alles voll belegt war. Dann haben wir untereinander überlegt: Was können wir tun?

Eine große Schwierigkeit, wo ich nicht weiß, ob Ihnen allen die Tragweite bekannt ist: Es gibt nach wie vor viele Nichtregistrierte, die kriegen wir überhaupt nicht in irgendeinem Frauenhaus unter, weil deren Rechtsstatus noch völlig ungeklärt ist. Die haben auch in dem Moment null Euro und null Cent, mit denen sie versorgt werden könnten, geschweige denn eine Krankenversicherungskarte und, und, und. Also da gibt es eine Riesenlücke. Auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen, wo die Frauen oder die Menschen überhaupt, die dort leben, erst mal nur ein Taschengeld kriegen, muss es zusätzlich Catering geben, und die Menschen müssen mit Essen versorgt werden. Das gibt es in den Frauenhäusern nicht. Wir können in den Frauenhäusern – ich denke, da stimmen mir die Kolleginnen zu – nicht auch noch einen Cateringservice installieren. Dafür braucht es zusätzliche Mittel und eine zusätzliche Organisation und Logistik. Es kann in den Frauenhäusern auch nicht diese ganze Krankenversicherungsschiene, die am Anfang noch nicht vorhanden ist, abgedeckt werden. Ich hoffe, es funktioniert anders,

aber ich glaube es noch nicht. Ich hoffe, dass die Flüchtlingsfrauen oder alle Flüchtlinge in Berlin bis Mitte dieses Jahres eine Krankenversicherungskarte haben. Das wäre schön.

Zu den Verträgen, vielleicht für Sie als Hinweis: Ich arbeite seit Oktober 2014 in unserer Einrichtung, zunächst war sie eine Notunterkunft, seit Sommer letzten Jahres ist sie eine Gemeinschaftsunterkunft. Wir haben jetzt 265 Bewohner und Bewohnerinnen. Wir rennen immer noch hinter dem Vertrag her. In dem Vertrag steht auch – also in denen, die ich kenne – nichts von Gewaltschutz. Das schreibe ich dann irgendwo rein. Das kann nicht der Standard sein. Ich würde Sie alle bitten: Setzen Sie sich dafür ein, dass das standardisiert wird, dass da auch geguckt wird, dass bei den Trägern geschult werden muss, denn sonst geht da viel verloren! – So weit erst mal. Ich habe möglicherweise die eine oder andere Frage vergessen. Tut mir leid!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Kein Problem, dann kann man nachfragen. – Ich würde jetzt zu Frau Kamau kommen. Bitte sehr!

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): I want to reinforce what you said about the women's spaces with the dolmetschers because we have an example. There is a Notunterkunft somewhere in Voltastraße. There a Syrian woman who is a refugee was doing translation for the whole Heim.

**Nevroz Çelik:** Ich würde gern noch mal bestärken, was Frau Wahl gesagt hat, und zwar gibt es einen ganz konkreten Fall in einem Heim in der Voltastraße, wo eine syrische Frau übersetzt hat.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): And she faced a lot of problems after everybody complained about the situation in the Notunterkunft.

**Nevroz Çelik:** Und sie hat viele Probleme bekommen, als Leute sich über die Notunterkünfte beschwert haben.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): And the fact that she is the one who was doing the translation she was victimized and was told by the Heimleiter that she is the one who is causing problems in the Heim.

**Nevroz Çelik:** Und obwohl sie diejenige war, die übersetzt hat, ist ihr gesagt worden, dass sie das Problem ist und dass sie die Probleme verursacht hat.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): This woman was kicked out of the heim at 6 o'clock and she was only here two months. If you want more information you can check on our website.

**Nevroz Çelik:** Diese Frau ist um 6 Uhr morgens aus dem Heim rausgeschmissen worden. Wenn Sie mehr dazu wissen möchten, dann können Sie gern weitere Fragen stellen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): The second issue about the women's spaces: My group has taken the task of visiting these Notunterkünfte/Heims.

**Nevroz Çelik:** Wenn es um Notunterkünfte geht: Unsere Gruppe geht in diese Notunterkünfte rein.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): And we have started some knitting work with the woman just to be able to create these spaces for women.

**Nevroz Çelik:** Und wir haben angefangen, zusammen zu nähen und zu stricken, um mit diesen Frauen in Kontakt zu kommen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): To see if they can be able to speak the woman issues.

**Nevroz Çelik:** Und um zu sehen, ob sie überhaupt über frauenspezifische Themen sprechen möchten, sprechen können.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): One thing I want to bring to the attention of this committee is that when the man is given the money belonging to the family these women don't even access these little allowances that we have.

**Nevroz Çelik:** Ich möchte, dass dieser Ausschuss sich auch sehr darüber bewusst ist: Wenn finanzielle Mittel den Männern gegeben werden, dann heißt das, dass die Frauen keinen Zugang dazu haben.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): This is not fair.

**Nevroz Çelik:** Das ist nicht fair.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): Our cultures bring us down that we have to subject to these men and if the women start demanding that they have their share in this money then it becomes the reason for violence.

**Nevroz Çelik:** Also, es gibt schon die Tendenz dazu, sich irgendwie gegenüber Männern nicht durchsetzen zu können, und wenn dann der Staat das auch noch unterstützt und den Frauen selber diese Mittel nicht gibt, dann ist es ein großes Problem.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): We would like to work with self-organized groups already existing like the Kanal which is under threat of eviction. Maybe Frau Bayram would like to you about this also.

**Nevroz Çelik:** Es wurde vorhin die Frage gestellt, was die drei Wünsche sind. Einer davon ist, dass wir sehr wollen würden, dass mit selbstorganisierten Gruppen gearbeitet wird wie z. B. mit dem Wagenplatz Kanal, der gerade von Räumung bedroht ist. Frau Kolat ist angeschrieben worden deshalb, Frau Bayram auch, Herr Taş auch. Wir würden sehr gern mit Ihnen darüber reden, wenn Sie Zeit haben. Frau Kolat hat auch vorhin über FLTI und Refugees gesprochen. Der Kanal ist tatsächlich ein Space, wo das schon existiert. Also ist die Frage: Warum soll gerade dieser Raum geräumt werden? Das macht keinen Sinn. Anstatt das Geld in diese Sachen zu investieren, könnte man das Geld woanders investieren in Strukturen, die schon existieren, und nicht neue Strukturen aufbauen und Geld verschwenden.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): That women can access good hygienic living conditions because this is a basic right that they should have good living conditions.

**Nevroz Çelik:** Frauen sollten definitiv Zugang zu besseren hygienischen Konditionen haben, z. B. bessere ärztliche Versorgung.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): Medical Treatment – and the doctors should not be racists.

**Nevroz Çelik:** Besseren Zugang oder überhaupt Zugang zu medizinischer Versorgung, idealerweise mit nicht rassistischen Ärzten. Was echt schwer ist in Deutschland – das hat sie nicht gesagt, das habe ich gesagt.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): I will give an example. A woman took her child to a doctor, a general doctor, and this child was born here.

**Nevroz Çelik:** Eine Frau ist mit einem Kind zu einem Arzt gegangen, und das Kind wurde hier geboren.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): And the child had an ear-infection and the doctor kept asking if this child – he has never experienced this kind of a problem – has gone through the prinato (phonet). I don't know how you call it.

**Nevroz Çelik:** Das Kind hatte eine Ohreninfektion, und anstatt sich damit zu beschäftigen, hat der Doktor irgendwelche Fragen gestellt zu – – What did you say?

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): And he has never seen this kind of an infection.

**Nevroz Çelik:** Dass er noch nie so eine Art von Infektion gesehen hat. – Wir reden von einer Ohreninfektion.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): This child was born here.

**Nevroz Çelik:** Dieses Kind wurde hier geboren.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): And if there was any infection she got the infection from here.

**Nevroz Çelik:** Und wenn es irgendwo passiert ist, hat dieses Kind die Infektion hier bekommen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): But because he's a racist, he has in the mind that this child has maybe just arrived and has ebola.

**Nevroz Çelik:** Aber dadurch, dass dieser Arzt rassistisch war, ist er sofort davon ausgegangen, dass dieses Kind mit dieser Krankheit schon hier eingereist sein müsste, denn in Deutschland gibt es keine Ohreninfektionen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): Thanks!

**Nevroz Çelik**: Danke schön!

**Vorsitzende Anja Kofbinger**: Danke auch! – Sagen Sie mir bitte Ihren Namen, wir brauchen ihn noch fürs Protokoll.

**Nevroz Çelik** Ja! Ich bin Nevroz Çelik.

**Vorsitzende Anja Kofbinger**: Dann werden wir Sie nach dem Ausschuss bitten, das kurz aufzuschreiben. Frau Bayram macht das dann. Alles klar! Vielen Dank! – Jetzt kommen wir zur Beantwortung durch die Senatsverwaltung. Ich habe gehört, Frau Eckert von der Sozialverwaltung soll beginnen. – Bitte sehr!

**Katrin Eckert** (SenGesSoz): Ich hatte mir die Frage hinsichtlich der Nachhaltung der Betreiberverträge bei den Unterkünften aufgeschrieben. Das ist Aufgabe des LAGeSo. Wenn die neuen Betreiberverträge alle unterschrieben und dort auch die Bestandteile aufgenommen sind, wird es so sein, dass das LAGeSo turnusgemäß regelmäßig nachhält, ob die Vorgaben zur Gewährung des Schutzes von Frauen eingehalten worden sind. Es wird im Bedarfsfall, wenn etwas bekannt wird, anlassbezogene Vor-Ort-Prüfungen vornehmen.

Zu der Frage der Abgeordneten Haußdörfer nach dem Programm für diese besonders vulnerablen Personengruppen, also die hochschwangeren Frauen. Ich bin aus dem Bereich Soziales, nicht aus dem Bereich Gesundheit, und bin erst seit vier Wochen in der Sozialverwaltung. Insofern bitte ich um Entschuldigung, dass ich da noch nicht so eingearbeitet bin, zumal es vorwiegend Gesundheit betrifft.

Was mir mit auf den Weg gegeben wurde, ist, dass jetzt am LAGeSo eine sogenannte Fastlane eingerichtet wurde, wo die besonders Schutzbedürftigen, vorwiegend Frauen, bevorzugt drangenommen werden. Hochschwanger ist ja augenscheinlich sofort feststellbar, man kann diese Personengruppe identifizieren, entsprechend unterbringen und auch einer medizinischen Versorgung zuleiten. Das kann momentan wohl gewährleistet werden. Was jetzt auch anläuft, ist, dass bei der Registrierung schon die elektronische Gesundheitskarte ausgehändigt wird, sodass dann die Frau auch Zugang zu der medizinischen Versorgung hat.

**Vorsitzende Anja Kofbinger**: Danke schön! – Dann geht es weiter. – Frau Schmidt-Hijazi, möchten Sie antworten? – Bitte!

**Malin Schmidt-Hijazi** (SenArbIntFrau): Vielen Dank! – Ich habe versucht, das ein bisschen zu bündeln. Wenn ich etwas vergesse, bitte ich um Nachsicht, weil jetzt doch recht viel zusammengekommen ist. Ich knüpfe an das an, was meine Kollegen von der Sozialverwaltung gesagt hat, noch mal zu den Schutzbedürftigen: Berlin hat schon Anfang 2015 ein Rundschreiben im Vorgriff auf die EU-Richtlinie herausgegeben, wo die Leistungen, die besonders Schutzbedürftige in Anspruch nehmen können, beschrieben sind. Die ist auch auf der Internetseite der Sozialverwaltung abzurufen. Das ist bundesweit, soweit ich weiß, ein ziemliches Unikum. Wir haben gerade im Kontext der Bund-Länder-AG Menschenhandel eine Umfrage dazu gemacht. Da ist Berlin wirklich schon recht weit. Da sind die Leistungen, auf die ein Anspruch besteht, dezidiert aufgelistet. – Die Fastlane hat Frau Eckert schon erwähnt.

Wir arbeiten gemeinsam mit der Sozialverwaltung an weiteren Instrumenten zur schnellen Identifizierung besonders Schutzbedürftiger. Im Moment arbeiten wir an einem Gesprächsleitfaden, der sowohl beim LAGeSo eingesetzt werden soll, der idealerweise aber auch in den Unterkünften eingesetzt werden kann, der einen Ansatz vertritt, der nicht retraumatisierend sein soll. Man kann nicht einfach plump fragen: Sind Sie Opfer von diesem oder jenem? –, sondern das ist eine etwas schwierigere Angelegenheit, wo wir sehr gut und intensiv mit Vertretern und Vertreterinnen vom Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge zusammenarbeiten.

Dann komme ich zu den Verträgen, weil schon öfter angesprochen wurde, welche Dinge wir vorgeschlagen haben, die im Moment bei der Sozialverwaltung, wie ich eben gehört habe, wohl eingearbeitet wurden. Die Arbeiten an den neuen Verträgen sind abgeschlossen. Das sind zum einen Anforderungen an die Räumlichkeiten. Viele Sachen wurden hier schon angesprochen: selbstverständlich abschließbare Sanitäranlagen, abschließbare Räume, aber auch gute Beleuchtung der Flure, damit gerade Angsträume, wie die Waschküche im Keller vermieden werden und es gut ausgeleuchtet ist, und – Frau Wahl hat es schon angesprochen – die Unterbringung von alleinstehenden Frauen in gesonderten Trakten, Fluren oder zumindest in räumlicher Nähe zu Familien und nicht inmitten von alleinreisenden Männern, Rückzugs- und Aufenthaltsräume nur für Frauen.

Anforderungen an das Personal: Es soll regelmäßige und verpflichtende Schulungen und Sensibilisierungen zu Gender, LSBTI und Gewaltschutzfragen geben. Wir wünschen uns eine gemischtgeschlechtliche Besetzung des Wachschutzes, gerade außerhalb der Bürozeiten. Die Betreiber sollen ein eigenes Gewaltschutzkonzept vorlegen. Das ist uns wichtig, weil jede Unterbringung ihre Besonderheiten hat, die berücksichtigt werden müssen. Außerdem ist es auch eine andere Auseinandersetzung mit der Thematik, wenn ich mich als Betreiber/Betreiberin selbst hinsetzen und etwas ausarbeiten muss, als nur irgendetwas abzuschreiben.

Es soll deutlich auf das Beschwerdemanagement hingewiesen werden. Es gibt bereits beim LAGeSo ein Beschwerdemanagement. Das muss auch sichtbar gemacht werden. Ich habe jetzt übersprungen, dass es im Grunde drei Dokumente sind, an denen wir gearbeitet haben: Das sind die Musterverträge, die Grundsätze für den Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft, also die alten Qualitätsstandards, und die Heimordnung. – Die Heimordnung bekommen die Bewohnerinnen und Bewohner ausgehändigt, und darin müssen diese Informationen stehen: Es gibt die Möglichkeit sich zu beschweren. Das ist die Telefonnummer, die E-Mailadresse – usw., auch jenseits der Heimleitung. Ein Gewaltverbot steht sowieso in der Heimordnung drin, das soll aber auf ein Diskriminierungsverbot ausgeweitet werden und auf eine Verpflichtung zum respektvollen Umgang miteinander, auch zwischen Personal und den geflüchteten Menschen.

Zu den Unterkünften: Frau Breitenbach hatte eine Frage zu den Trägern. Das Heim in der Handjerystraße hat das Nachbarschaftsheim Schöneberg als Träger, also ein Träger, der zum Beispiel Al Nadi und Kidöb als altbewährte langjährige Frauenprojekte in der Trägerschaft hat – insofern sind wir sehr zuversichtlich, dass das Know-how da ist –, natürlich auch viele andere soziale Einrichtungen im Bereich Schöneberg. Das Rathaus Friedenau hat SIN e. V. als Träger. Auch das ist ein großer Träger sozialer Arbeit und meines Wissens Betreiber von weiteren Unterkünften hier in Berlin, also einer mit Erfahrungen.

Die Unterkunft in der Handjerystraße hat 50 Plätze. Das ist eine Gemeinschaftsunterkunft. Das Rathaus Friedenau hat insgesamt eine Kapazität von 400 Plätzen, wenn der zweite Sanitärstrang fertig ist, im Moment sind es 200 Plätze.

Zum Vorgehen bei Gewalt: Natürlich können die Heimleitungen Hausverbote aussprechen, und die Polizei kann einen Täter wegweisen. Ich weiß, dass das noch vor einem Jahr diskutiert wurde, dass gewisse Unsicherheiten bestanden, ob das geht, aber ich denke, dass das Policy Paper vom Deutschen Institut für Menschenrechte, das dankenswerterweise große Verbreitung gefunden hat, klargestellt hat, dass das möglich ist. Die Frage ist im jeweiligen, individuellen Einzelfall, ob das ausreicht, um der Sicherheit der Frau hinreichend Rechnung zu tragen, aber es gilt selbstverständlich auch hier das Prinzip: Wer schlägt, geht.

Frau Kolat hatte den Handlungsleitfaden für die Krisenintervention erwähnt. Uns ist sehr wichtig, dass das nicht nur bedeutet: In den und den Fällen soll man das die 110 oder die BIG-Hotline anrufen – das ist natürlich schnell aufgeschrieben –, sondern durch verbindliche Ansprechpersonen beim LAGeSo unterlegt ist, weil bei jeder räumlichen Trennung, egal, wer jetzt geht, Opfer oder Täter, eine Unterbringung der gehenden Person schnell gewährleistet werden muss. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir haben seit Ende letzter Woche eine Notfallnummer beim LAGeSo, die 902294444, die für Fälle gedacht ist, wo aufgrund von irgendwelchen Vorkommnissen schnell der Heimplatz gewechselt werden muss. Wir sind weiter dran, feste Ansprechpartnerinnen zu bekommen. Wir haben nächste Woche einen Termin mit dem Sozialdienst des LAGeSo und mit der Kollegin von Soziales, die für die besonders Schutzbedürftigen zuständig ist, weil wir der Meinung sind, dass es wichtig ist, dass es eine Person ist, die den Vorgang von A bis Z betreut, bis eine zufriedenstellende Unterbringung der betroffenen Frau gewährleistet ist.

In Bezug auf die Hochschwangeren wollte ich noch erwähnen, dass das Familienzentrum BALANCE zwei Stellen aus dem Fraueninfrastrukturprogramm bekommt für die gesundheitliche Betreuung geflüchteter Frauen. BALANCE ist hier sicher bekannt. Es ist klar, dass die Gynäkologie einen großen Schwerpunkt hat. Außerdem gibt es ein Projekt der Charité zur Bestandsaufnahme und Erstversorgung, sodass gute Maßnahmen auf dem Weg sind.

Zu den Schulungen: Es ist bekannt, das haben wir in den Anfragen schon mitgeteilt, dass wir bereits im Oktober den Einstieg mit einer Schulung gemacht haben. Das wird fortgesetzt. Es ist aber auch so, dass zum Beispiel BIG Schulungen für alle PRISOD-Heime anbietet. Es gibt eine bilaterale Verständigung zwischen BIG und den PRISOD-Heimen, aber es gibt auch Kontakte zur Tamaja GmbH wegen der Hangars und auch andere Projekte, von denen wir teilweise Vertreterinnen im Publikum haben, die Schulungsveranstaltungen für Heime auf bezirklicher Ebene bereits durchgeführt haben. Das wird fortgesetzt. Über die LADS-Akademie soll es in diesem Jahr eine Schulungsreihe geben, die sich dann auch an Mitarbeiterinnen beim LAGeSo und die Heimleitungen richtet und die vertiefte Informationen beinhaltet.

Zur Statistik: Es ist richtig, wir haben auch keine Daten, weil es oft nicht zu einer Anzeige kommt bzw. nicht alle Vorfälle gemeldet werden.

Sie hatten nach der Wissensvermittlung über Gleichstellung und Gleichberechtigung gefragt. Die Gender-Mainstreaming-Geschäftsstelle erarbeitet derzeit eine Kampagne. Wir haben ja

eine Kampagne zur Gleichstellung, die im Moment überarbeitet wird, um sie auch für die Zielgruppe geflüchteter Menschen anbieten zu können, sodass zeitnah mit weiteren Schritten zu rechnen ist.

Zur Residenzpflicht: Wir haben in Berlin das Glück, dass es innerhalb Berlins kein Problem ist. Damit haben die Flächenstaaten mit den Kreisen deutlich mehr Schwierigkeiten. Wir sind uns aber bewusst, dass es manchmal über Landesgrenzen hinausgehen muss, vielleicht auch mal über Brandenburg hinaus. Zwischen Berlin und Brandenburg ist es glücklicherweise geregelt. Wir werden die Thematik bei der diesjährigen GFMK zur Sprache bringen. – [Canan Bayram (GRÜNE): Aber die alte Vereinbarung zwischen Berlin und Brandenburg ist gar nicht mehr gültig!] –

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Doch, Frau Bayram, haben wir, aber das war kein eigenständiger Beitrag, sondern ein Hinweis. So nehme ich das mal auf. Wir haben noch eine zweite Fragerunde, keine Panik. Alle kommen dran und können ihre Fragen beantworten lassen. – Danke, Frau Eckert! Können Sie noch kurz etwas zu den Kontrollen sagen? Was passiert, wenn diese Vorfälle bekannt werden? Man kontrolliert das. Was passiert mit dem Betreiber? Muss der dann eine Konventionalstrafe zahlen, oder darf der das Heim nicht mehr betreiben? Wie ist es mit der Kontrolle und dem Ergebnis, das daraus folgt?

**Katrin Eckert (SenGesSoz):** Welche Maßnahmen genau eingeleitet werden, müsste ich nachliefern. Das habe ich jetzt nicht parat, das kriegen Sie schriftlich.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde. – Frau Radziwill. Sie hatten sich gemeldet. – Bitte sehr!

**Ulker Radziwill (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für die bisherigen Ausführungen der Anzuhörenden! Ich habe folgende Fragen, zum Ersten: Wie unkompliziert kann denn, wenn eine geflüchtete Frau in einer Unterkunft Probleme hat, die Verlegung in eine andere Unterkunft organisiert werden? Wie ist das Zusammenspiel mit dem LAGeSo? Das habe ich noch nicht ganz verstanden, denn das LAGeSo ist als die zuständige Behörde dafür verantwortlich, das Ganze zu organisieren. Ist es einfach, zu sagen: Ich habe ein Problem? – Sie haben vorhin diese Notfallnummer genannt. Ich habe noch keine Rückmeldung, wie die Erfahrungen damit sind, aber sie scheint erst sehr neu geschaltet zu sein. Ich denke, Erfahrungen werden wir noch sammeln. Deswegen habe ich die Frage in Richtung Senatsverwaltung, wie so ein Wechsel organisiert wird. Ist das LAGeSo aufgeschlossen, ist es hilfreich? Haben Sie hier schon Erfahrungen, insbesondere, weil die Senatorin vorhin aufgeführt hat, dass die Einrichtung im Rathaus Friedenau für besonders schutzbedürftige Frauen vorgesehen ist? Wie unkompliziert kann der Wechsel stattfinden?

In Richtung der Anzuhörenden, insbesondere Frau Kamau möchte ich fragen, ob Sie denn Erfahrungen haben, wenn Sie eine Unterkunft wechseln wollen. Wird Ihnen dabei geholfen? An wen können Sie sich wenden? Wie sind die Erfahrungen? Haben Sie auch Erfahrungen mit dem Beschwerdemanagement? Das Beschwerdemanagement ist nicht ganz neu, das haben wir schon ein paar Wochen. Ich möchte gern wissen, ob die Frauen Ihnen ihre Erfahrungen hinsichtlich des Beschwerdemanagements berichten und was Sie uns an Verbesserungen vorschlagen würden.

Die zweite Frage in Richtung Senatsverwaltung: Sie haben vorhin erwähnt – ich weiß leider nicht mehr, wer von Ihnen, ich habe mir den Namen nicht notiert –, dass die Arbeiten an den Betreiberverträgen abgeschlossen seien. Wie darf ich das verstehen? Ich bin Sozialpolitikerin, bin im Sozialausschuss und habe dort ein paar andere Informationen, dass noch nicht alle Verträge abgeschlossen sind. Sind die Zuarbeiten aus dem Hause Arbeit, Integration und Frauen mit den Punkten, die Ihnen wichtig sind, hinsichtlich der Präventionsarbeit, Gewaltschutzprävention, hinsichtlich weiterer Punkte, die Ihnen wichtig sind, zugearbeitet, aber noch nicht in die Verträge eingearbeitet worden? Habe ich das richtig verstanden? Ich möchte das nachvollziehen, denn die Verträge werden über das LAGeSo gemacht, und ich weiß nicht, inwieweit vorhandene Verträge geändert werden können. Ich denke, bei neuen, noch nicht abgeschlossenen Verträgen ist das Einarbeiten von zusätzlichen Forderungen sicherlich anders zu organisieren.

Abschließend möchte ich Frau Kamau und Frau Wahl eine Frage stellen. Vorhin wurde die Forderung nach einer Wertevermittlung gestellt. Nun kann man köstlich darüber debattieren, über welche Werte wir sprechen. Natürlich ist das Grundgesetz die Basis, das ist sicherlich klar. Aber ich möchte gern wissen, wie sehr den geflüchteten Menschen diese Debatte über die Wertevermittlung bekannt ist. Reden Sie darüber? Verstehen sie diese Diskussion, und haben Sie vielleicht einen Tipp für uns, wie wir da gemeinsam weiterkommen können? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke, Frau Radziwill! – Frau Bayram, bitte!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Vielen Dank! – Jetzt, wo ich nach der Redeliste offiziell reden darf, will ich klarstellen, dass eine Annahme unzutreffend ist: Es gibt wieder eine Residenzpflicht in Berlin gibt, und zwar nur beschränkt auf das Land Berlin. Wer das nicht glaubt, ich habe Fotos dabei. Das ist die Praxis, und es ist absurd, dass wir so lange dafür gekämpft haben, dass wir zumindest Berlin-Brandenburg-übergreifend eine Lockerung hatten, aber die ist wieder weg. Daran müssen wir arbeiten, und das sind genau die unsinnigen Vorschriften, die es den Aktiven nicht nur bei der Arbeit mit Frauen, sondern auch in anderen Bereichen schwer machen, wirklich gute Lösungen zu finden. Dafür müssen wir einen Weg finden.

Die zentralen Fragen, die ich stellen wollte, richten sich erst mal an den Senat: Wie groß ist das Interesse, mit selbstorganisierten Geflüchteten, Verbänden, Vereinen, Institutionen zusammenzuwirken?

In Richtung der selbstorganisierten geflüchteten Frauen: Wie groß ist das Interesse, dass eigene Know-how, die eigenen Ideen, auch die eigene Perspektive weiter einzubringen? Ich fand es heute in der Anhörung sehr konstruktiv, und das könnte ein Weg sein, ein gemeinsames Ziel von Zusammenleben zu organisieren, denn ich glaube, hier im Raum sind sich alle einig, dass die Unterbringung in Turnhallen, in Tempelhof und sonstigen Noteinrichtungen falsch ist. – [Elke Breitenbach (LINKE): Alle?] – Ja, ich glaube, schon. Alle würden sich Besseres wünschen. Davon gehe ich aus, solange mir keiner widerspricht. Deswegen geht es darum, wie wir das erreichen. Idealerweise würden wir es erreichen, wenn die Menschen in Wohnungen untergebracht würden. Aber gerade das aktuell bedrohte Projekt, das angesprochen wurde, hat sogar versucht, auf dem Wagenplatz eine alternative Lebensform zu organisieren. Und es geht darum, wie wir diese Vielfalt schützen können und wie wir gemeinsam neue Wege finden können, das Land Berlin bei dem Thema besser aufzustellen. Wo können wir uns tref-

fen? Wie können wir es gemeinsam organisieren? Das geht in beide Richtungen, sowohl an Frau Kamau als auch an Frau Kolat.

Frau Wahl! Ihnen möchte ich sehr für Ihren Beitrag hier danken! Ich finde es ein bisschen schwierig und wo ich nachfragen würde: Was glauben Sie? Was können die Betreiber bezüglich der unterschiedlichen Qualität selbst organisieren? Oder bräuchten sie eine Checkliste für Gewaltschutzkonzepte, wenn man keine Unterstützung gibt? Müssen wir vielleicht manche Heimbetreiber dort abholen, wo sie sind, weil sie es aus eigener Kraft wohl schwer hinkriegen werden? Ich kenne eine paar.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke, Frau Bayram! – Herr Dregger, bitte!

**Burkard Dregger (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Die Frau Vorsitzende hatte in ihrem Beitrag vorhin nicht zu Unrecht angemahnt, dass wir uns auch darum kümmern müssen, die Werte unseres Landes zu transportieren. Das ist etwas, das mich persönlich umtreibt. Frau Kamau hat in ihrem Eingangsstatement deutlich gemacht, dass viele Asylbewerber, die zu uns kommen, aus Gegenden und Kulturen kommen, in denen patriarchalische Strukturen vorherrschen, die offenbar dazu führen, dass Frauen, Töchter und Schwestern in einer anderen Weise behandelt werden, als wir das hier in Deutschland als selbstverständlich erachten.

Deswegen müssen wir uns ernsthaft die Frage stellen, wie wir es schaffen können, mit den Betroffenen, dieser großen Zahl von Asylbewerbern, in einen Dialog darüber zu treten, was die Werte sind, die wir in Deutschland vertreten und die wir auch aufseiten der zu uns kommenden Asylbewerber als eingehalten sichergestellt wissen wollen. Wir haben in meinem Wahlkreis mehr aus der Not heraus geboren kleine Aktivitäten gestartet. In einem afghanischen Kulturzentrum laden wir monatlich einmal Asylbewerber ein. Dann kommen 800 bis 900 insbesondere Afghanischstämmige, und dann gibt es einen Gast, zum Beispiel einen evangelischen Pastor oder einen anderen Gast, der mit ihnen darüber diskutiert und versucht, ihnen dies näherzubringen. Das ist alles noch improvisiert, weil wir lernen müssen, wie wir das am besten organisieren.

Meine Frage an Frau Wahl, die eine Einrichtung leitet, ist: Können Sie sich vorstellen, wenn Sie Ihre eigene Einrichtung sehen, dass sich ein regelmäßiger Wertedialog mit Gästen, mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Institutionen – Kirchen, Vereine, Gewerkschaften – in den Unterkünften organisieren lässt? Haben die Menschen, die dort leben – nicht in den Notunterkünften, aber in denen, in denen man eine gewisse Zeit verbleibt –, die Zeit und die Möglichkeit, die Aufmerksamkeit aufzubringen, und ist es von den räumlichen Gegebenheiten denkbar, dort Derartiges dort zu veranstalten? – Das wäre meine Frage. Danke!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke! – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Ich dachte, zu den Werten müsse man nichts mehr sagen. Herr Dregger! Vielleicht sollten Sie mal eine feministische Schulung machen und sich genauer damit auseinandersetzen, was patriarchalische Strukturen sind. Es ist ein Irrglaube, zu sagen, dass es in diesem Land keine patriarchalischen Strukturen gibt. Die hier so hochgehaltenen Werte, die vermittelt werden müssen, haben nicht dazu geführt, dass es in diesem Land keine Gewalt gegen Frauen gibt, und zwar ausgeführt von biodeutschen Männern. Gewalt gegen Frauen ist keine Frage von Ethnie und von Kultur. Gewalt gegen Frauen ist ein Problem mit

Männern, und als solches muss es gehandhabt werden. Frauen müssen vor Männern, die gewalttätig sind, geschützt werden. Das ist unsere Aufgabe. – Das war die erste Vorbemerkung.

Die zweite Vorbemerkung: Die Turnhallen und Notunterkünften, wo wir uns so einig sind, dass wir die nicht wollen, sind nicht vom Himmel gefallen, sondern die wurden von diesem Senat ausgesucht – und die Koalition hat dazu geschwiegen –, um Menschen so erbärmlich unterzubringen. – Das war die zweite Vorbemerkung. Jetzt stelle ich drei Fragen, die hoffentlich beantwortet werden.

Zu den Verträgen: Es ging immer darum, dass ein Standardvertrag erarbeitet werden soll. Warum das Monate dauert, bis der Standardvertrag erarbeitet ist, ist mir ein Rätsel, aber jetzt ist er offensichtlich da. Von daher würde ich gern wissen, wann die Betreiber und Betreiberinnen damit rechnen können, dass sie diese Verträge erhalten. Ohne Verträge, in denen Standards festgeschrieben sind, gibt es nichts zu kontrollieren. Dann gibt es nämlich keine Standards in diesen Notunterkünften, und es finden ja gar keine Kontrollen mehr statt, wie Herr Czaja uns mitgeteilt hat, sondern es gibt Begehungen mit den Betreibern, bei denen sie in ihre Aufgabe eingewiesen werden. Das ist ein Problem, aber möglicherweise verändert sich das. Wann gibt es die Verträge mit den Betreibern?

Zur Residenzpflicht: Frau Kolat! Mal unabhängig von dem, was Canan Bayram gesagt hat – womit sie natürlich recht hat; das muss im Innenausschuss erneut angesprochen werden –, kann die Residenzpflicht für Einzelne aufgehoben werden. Gab es dann mal die Debatte, oder würden Sie sich dafür einsetzen, dass die Residenzpflicht für Frauen aufgehoben wird, die Gewalt ausgesetzt sind und damit weg müssen? Dann reicht oftmals nicht Potsdam, sondern dann muss man vielleicht nach Stuttgart.

Die dritte und letzten Frage, zu den Schulungen: Wenn ich es richtig verstanden habe, hat bisher eine Schulung mit 23 Teilnehmenden stattgefunden. Weiteres ist geplant. Vielleicht können Sie es noch mal richtigrücken. Meine Frage vorhin war, wie viele Schulungen es gegeben hat und wie viele Menschen daran teilgenommen haben.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Dr. Czyborra, bitte!

**Dr. Ina Czyborra (SPD):** Zunächst auch von meiner Seite vielen Dank an die Anzuhörenden! Es sind sehr viele Aspekte beleuchtet worden. Ich kann es mir es nicht verkneifen, die Bemerkung zu machen, dass ich mir wünsche würde, Deutschland wäre das Paradies für Frauen, wie es hier zum Teil anklingt. Wir haben die Frauenhäuser in Deutschland nicht erst seit letztem Jahr, sondern diesen Bedarf haben wir schon seit einigen Jahrzehnten. Ich betone, dass nicht die unbegleitete Frau das Opfer eines alleinreisenden Mannes wird, sondern es wurde sehr deutlich, dass es genauso innerhalb von Familien, die schon länger hier sind, Gewalt gibt. Insofern sind solche Unterbringungsformen für Frauen und Familien nicht unbedingt der Königsweg. Man muss genau hingucken, wie man das vernünftig gestaltet.

Es wurde die Schwierigkeit beim Zugang zum System niedergelassener Ärzte angesprochen. Den Rassismus in diesem Zusammenhang haben wir nicht nur bei geflüchteten Familien, sondern da haben wir ein Problem. Das ist mir in letzter Zeit immer wieder deutlich geworden. Wir haben Papiere, in denen vernünftige Grundlagen niedergelegt sind. Zu der Frage, wo das alles steht: Es gibt Policy Paper zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Unter-

künften, und das ist die Arbeitsgrundlage, auf der der Senat arbeiteten, wenn ich das richtig verstehe.

Ich habe die Frage: Wer schlägt, geht. – Wohin? Wie ist das organisiert, und wie wird das weiter behandelt, wenn es denn geht?

Zu den Betreiber der Unterkünfte: Wir wollen nicht, dass aus Angst vor Konsequenzen Betreiber von Unterkünften Gewalt verschleiern, verschweigen und nicht handeln oder sogar Victim Blaming machen und versuchen, sich der Frauen zu entledigen. Das kann nicht das Ziel sein, sondern der transparente Umgang und auch das Zugeben: Ja, wir haben ein Problem in einer Unterkunft. Wie gehen wir damit um? Wie kommen wir weiter? Welche baulichen uns sonstigen Veränderungen müssen wir vornehmen? – Da muss man natürlich zusammenarbeiten.

Ganz wichtig schien mir der Ansatz, die Frauen selbst zu ermächtigen. Wir haben gerade Gabriele Heinemann den Berliner Frauenpreis verliehen, die genau diesem Ansatz verfolgt, die Mädchen selbst zu ermächtigen, dass sie wissen: Ich habe ein Recht auf ein Leben ohne Gewalt, ich habe ein Recht auf Arbeit, auf eine gleichwertige Ausbildung, auf Schulabschlüsse usw. –, und ihnen das vermittelt. Dafür sind die Selbsthilfeorganisationen, also die Organisationen, die an diese Selbstermächtigung arbeiten, die wichtigsten Partner. Mich würde interessieren, wie die Zusammenarbeit mit den existierenden Willkommensbündnissen, mit der bürgerschaftlichen Arbeit in diesem Bereich ist. Ist der Zugang gut möglich, oder arbeitet man eher isoliert nebeneinander her?

In Bezug auf die Frauenhausplätze würde mich interessieren – ich weiß, wir haben hier ein Problem mit Zahlen –, in wie vielen Fällen es tatsächlich so ist, dass das, weshalb wir die Frauenhäuser haben, die Frau zu verstecken, sie in Sicherheit zu bringen, sodass der Gewalttäter nicht weiß, wo sie sich aufhält: Ist das in dem Zusammenhang ein häufiges Problem, oder brauchen wir hier Unterbringungsformen, die auch offener sein können? –, weil natürlich diese Abgeschlossenheit auch immer eine Beschränkung darstellt, auch der Bewegungsmöglichkeiten. Ist das in dem Ausmaß die richtige Form, oder müssen wir hier vielleicht spezifisch andere Konzepte entwickeln für Frauen, die gewaltbetroffen sind, aus den Unterkünften raus müssen und da Plätze finden?

Dann würde mich interessieren, wenn gesagt wird, Frauen haben keinen Platz bekommen, ob wir wissen, woran es lag. Lag es daran, dass hier noch viele Kinder mitunterzubringen waren? Oder, wenn wir solche Fälle kennen, was hat dann in diesem Einzelfall dazu geführt, dass man die Frauen nicht unterbringen konnte? – Danke!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke sehr! – Herr Spies, bitte!

**Alexander Spies (PIRATEN):** Ich möchte an der Stelle Frau Kolat antworten, die gesagt hat, was Berlin alles macht: Das ist zu wenig. Berlin verletzt auch die europäische Aufnahme richtlinie, die seit Herbst letzten Jahres geltendes Recht ist. Es interessiert vielleicht niemanden. Es heißt ja immer, Gesetze sind einzuhalten, aber das Land Berlin hält diese Gesetze nicht ein. Das möchte ich noch mal ganz deutlich sagen.

Die andere Frage von Frau Kamau betraf nach meinem Verständnis den Familiennachzug. Es gibt Probleme, wenn die Ehefrau nachziehen kann, sich dann aber aufgrund von Gewalt oder anderen Vorkommnissen in der Ehe trennen will. Dann muss auf jeden Fall die Ausländerbehörde mitspielen, denn sie hat kein eigenes Aufenthaltsrecht. Wenn sie allerdings nachweisen kann, dass Gewalt vorlag, dann kann es sein, dass dieses gewährt wird. Inwieweit ist sichergestellt, dass hier Beratung und Unterstützung gegenüber der Ausländerbehörde stattfinden, um in solchen Fällen tätig zu werden?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Herr Spies! – Frau Dr. Kahlefeld, bitte!

**Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE):** Ich muss jetzt doch noch mal was zu dieser unsäglichen Wertedebatte sagen. Ich halte es da mit Lessing: Wer den richtigen Ring hat, das sieht man nicht daran, wie der Ring aussieht, sondern daran, wie man sich verhält. – Diese elende Wertedebatte – da muss ich auch Frau Radziwill mitadressieren – ist eine Diskussion über dieses Ding, das man zu Hause in seinem Kästchen liegen hat. Das interessiert keinen Menschen. Das, worauf es ankommt und was eine wirkliche Wertevermittlung ist, ist, dass man sich danach verhält und andere das erfahren und spüren lässt. Damit nimmt man sie auch auf. Was den polemischen und den emotionalen Teil angeht, schließe ich mich der Kollegin Breitenbach an.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Dr. Kahlefeld! – Ich hatte mich noch mal auf die Redeliste gesetzt, und dann kommen wir zur Beantwortung all dieser wichtigen und richtigen Fragen.

Ich habe, auch animiert durch die Einlassungen von Herrn Dregger, noch eine Frage, da geht es auch um Werte – selbstverständlich. Wir sind natürlich nie einer Meinung, Herr Dregger – [Burkard Dregger (CDU): Muss Ihnen nicht unangenehm sein!] –, aber ich finde das schon wichtig: Als Feministin will ich, dass hier der Artikel 3 Grundgesetz vermittelt wird. Männer und Frauen sind gleichberechtigt, da sind wir uns einig, glaube ich. Gut! Aber mir ist aufgefallen – da frage ich aber die Senatorin, nicht Sie –: Es ist ja so, dass die Bundesregierung im Asylpaket II den schon verabredeten Gewaltschutz für Frauen und Mädchen gekippt hat. Das ist ja eine Tatsache, deshalb die Frage an die Senatorin, wie sie das bewertet. Sie sind ja als SPD-Mitglied irgendwie damit verbunden. Vielleicht könnten Sie mir kurz sagen, wie Sie das finden. Danke schön! Damit kommen wir jetzt zur Antwortrunde. Möchten Sie beginnen? – Und dann geben wir abschließend noch Frau Wahl und Frau Kamau das Wort.

**Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau):** Ich beginne sehr gern mit dem letzten Punkt, weil es tatsächlich ein Anliegen meines Hauses insgesamt ist, dass wir gerade aufenthaltsrechtliche Dinge, aber auch die Residenzpflicht und Wohnsitzauflagen auf jeden Fall aus Sicht der Frauen betrachten. Wir bereiten gerade einen Antrag für die Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz vor, wo wir mit allen Ministerinnen und Ministern im Schulterschluss klare Forderungen aus Sicht der Frauen aufstellen. Insofern sind wir in der Vorbereitung dessen, dass wir aus Sicht der Frauen doch einige Beschlüsse, die da auf den Weg gebracht worden sind, anders sehen. Es können ein paar Regelungen sinnvoll sein, aber wenn es besonders schutzbedürftige Menschen gibt, muss man Ausnahmen zulassen. Es geht darum, genau diese Grenzfälle zu definieren.

Ich möchte gern auf die Frage eingehen: Was passiert mit den Männern und der Wertevermittlung? Das ist ja eine berechtigte Frage. Wir werden diesen Weg des Dialogs gehen müssen, denn man muss ihnen ja auch die Chance geben, dass sie erfahren, was unsere Sicht der Dinge ist. Wir müssen aber ehrlicherweise auch sagen: Wir können vermitteln, vermitteln, vermitteln, am Ende wird es immer noch Frauen geben, die Gewalt erfahren. Das ist eine flankierende Sache. Das ändert nichts an dem Umstand, dass wir diese Schutzsysteme für die geflüchteten Frauen brauchen. „Wer schlägt, geht!“ – man muss sehen, ob das in der Praxis so machbar ist, wenn der Mann, der geht, weiß, wo die Frau noch ist. Deswegen ist das Thema andersherum aktuell, nämlich: Wo können wir die Frauen geschützt unterbringen? – Ich möchte auch darum bitten, dass Sie sich dort ein bisschen öffnen. Natürlich sind Frauenhausplätze an der Stelle die Lösung Nummer 1, aber nicht nur. Es kann auch sein, dass eine Frau sagt: Ich will nicht in einem Frauenhaus untergebracht sein, mir reicht es, wenn ich in einer Unterkunft bin, wo nur Frauen sind.

Übrigens peile ich an, dass man speziell in diesen beiden Unterkünften Notplätze freihält, dass man sagt, fünf oder zehn Plätze sind nur für geflüchtete Frauen, die in einer Notsituation sind, dass man die quasi für Notfälle vorhält. – [Zuruf: Und wer bezahlt das?] – Das sind ganz normale Flüchtlingsunterkünfte, die finanziert sind. Das heißt, hier gibt es mehrere Varianten, je nachdem, wie der individuelle Bedarf ist. Der Bedarf ist immer sehr unterschiedlich.

Ich will auch eine Sache hier ansprechen, die noch nicht zu Ende diskutiert ist. Das interkulturelle Frauenhaus hat jetzt Mittel für ein neues Objekt bekommen, das ich auch gern unterstützt habe. Es gibt Überlegungen, was mit dem alten Objekt passiert, und damit auch eine Chance zu überlegen, ob man hier Schutzplätze für geflüchtete Frauen oder in einer kombinierten Form schafft. Zumindest entsteht dort Spielraum, um weiterzudenken.

Ich greife die Idee von Frau Bayram sehr gern auf, die geflüchteten Frauen selbst in die Strukturen miteinzuladen. Wir sind sehr gut vernetzt. All das, was wir hier berichtet haben, ist ja auch durch langjährige Arbeit von Fachgremien entstanden. Frau Schmidt-Hijazi hat gleich gesagt, in der AG Migrantinnen werden wir die Verbindung herstellen, und wir freuen uns schon auf die direkte Zusammenarbeit. Aber auch das, was Frau Czyborra vorschlug, nämlich das mit dem bürgerschaftlichen Engagement zu verbinden und ein Mentoring zu entwickeln – es geht ja auch um Empowerment von geflüchteten Frauen, dass sie auf eigenen Füßen stehen und selber beruflich vorankommen und gucken, welche Perspektiven sie hier haben – würde ich als weiteren Punkt aufnehmen. Wir hatten bisher sieben Punkte, es sind inzwischen acht Punkte geworden. Frau Czyborra! Das wird der neunte Punkt in unserem Gesamtkonzept sein.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke schön! – Dann geht es weiter. Wer möchte beginnen? – Vielleicht beginnen wir jetzt mit Frau Kamau. – Bitte sehr!

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): I will start with these questions if the refugees talk about the German values.

**Nevroz Çelik:** Ich möchte erst mal darauf antworten, ob die geflüchteten Menschen über die sogenannten deutschen Werte sprechen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): I want to make a point very clear, that it's not that only the German men are cultured. We have cultured men from our backgrounds.

**Nevroz Çelik:** Es gibt nicht nur die sogenannte deutsche Kultur, sondern es gibt auch noch andere Kulturen auf dieser Welt. – [Zuruf] – Entschuldigung! Ich bin kein professioneller Übersetzer, sondern ich bin eingesprungen, weil Sie keine Dolmetscher haben. – Es ist nicht nur so, dass deutsche Männer kultiviert sind, sondern es gibt auch andere kultivierte Menschen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): Because if you look at things from what the media projects it only projects that things are not happening to refugee women. They have been attacked in the supermarkets, they have been attacked everywhere, not even to mention who is lightning these fires in the Heims?

**Nevroz Çelik:** Wenn wir über geflüchtete Frauen reden, erfahren sie nicht nur Gewalt in diesen Heimen, sondern überall im Alltag. Wenn sie in den Supermarkt gehen, egal wo sie hingehen, sie erfahren Gewalt.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): These things have not been talked about.

**Nevroz Çelik:** Meine Frage ist: Wer macht diese Feuer in den Flüchtlingsheimen? Wo kommen die her?

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): It gives me goose bumps when we talk about violence in context to what happened in Cologne and what is actually happening to refugee women. The balance is quite unfair.

**Nevroz Çelik:** Ich kriege Gänsehaut, wenn ich darüber nachdenke, was den Frauen passiert, und was passiert, ist unfair. Es ist eine weiße Unfairness.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): About the kind of support they get from the Ausländerbehörde: The system works in a very funny way. The Ausländerbehörde is an Ausländerbehörde but the people working there cannot even speak foreign languages.

**Nevroz Çelik:** Dieses ganze System ist sowieso total absurd, aber die Leute, die in die Ausländerbehörde gehen, können noch nicht mal die Sprache sprechen.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): When a woman faces a situation, the bureaucracy itself, to get in the process of getting this special help is a process that she decides to keep quiet with ... (unverständlich)

**Nevroz Çelik:** Wenn eine Frau Gewalt erlebt und sich den ganzen Prozess anguckt, diesen ganzen bürokratischen Prozess, den sie theoretisch durchgehen müsste, dann lässt man das sowieso von vornherein sein.

**Jeniffer Kamau** (International Women's Space): And Frau Kolat: I don't think these are women who would refuse to go to a shelter.

**Nevroz Çelik:** Und, ehrlich gesagt, Frau Kolat, ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendeine Frau sagen wird: Ich möchte nicht zu einer gesonderten Frauenunterkunft gehen.

**Jeniffer Kamau:** Let's just be realistic!

**Nevroz Çelik:** Lassen Sie uns bitte realistisch sein!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke schön! – Frau Wahl, bitte!

**Christiane Wahl** (EJF gemeinnützige AG, Wohnheim für Flüchtlinge im Georg-Kriedte-Haus, Tempelhof): Ich habe einen umfassenderen Blick darauf, vielleicht auch vor meinem Hintergrund. Ich würde denken, es braucht sowohl Frauenhausplätze als auch Plätze in offenen Einrichtungen für Flüchtlingsfrauen, aber ich finde auch die Idee mit Notplätzen in den bestehenden Einrichtungen sehr gut. Da muss man dann gucken, dass die Finanzierung auch abgesichert ist. Wir sind jederzeit bereit, so etwas in unserer Einrichtung vorzuhalten – sicher auch in vielen anderen – und damit auch zu arbeiten.

Zu den Gewaltschutzkonzepten, Frau Bayram: Ich würde denken, wenn ein Träger oder eine Trägerin sich für eine solche Einrichtung bewirbt, in der Flüchtlinge untergebracht werden sollen, dass man imstande sein muss, sich darüber Gedanken zu machen und das auch umzusetzen. Sie schütteln den Kopf. Möglicherweise könnte es ein Raster geben, aber ich denke immer noch, wenn man diese Aufgabe übernehmen will, Flüchtlinge adäquat zu begleiten und zu betreuen und zu unterstützen, dass man in der Lage sein muss, entsprechende Konzepte vorzuhalten und sich das entsprechende Fachwissen anzueignen. Ich stelle das mal in den Raum.

Die Frage, die hier durch die Reihe ging über den Wertedialog: Auch da möchte ich mich jetzt nicht unbeliebt machen. Ich finde es immer gut, in den Dialog und ins Gespräch zu gehen, auch in allen möglichen gesellschaftlichen Gruppierungen. Da Sie mich direkt gefragt haben: Bei uns im Wohnheim ist das selbstverständlich möglich. Ich bin aber immer sehr darauf bedacht, auf Augenhöhe zu diskutieren. Es hat niemand etwas davon, wenn wer wen anders belehrt. Wenn Sie kommen möchten oder eine Gruppe kommen möchte, melden Sie sich bitte vorher bei mir! Wir können gern ein gemeinsames Beisammensein organisieren. Das ist keine Frage. Wir müssen uns vorher kurz absprechen: Über was wird diskutiert, über welche Werte? Für mich ist das ein lebenslanger Lernprozess, indem ich mich mit anderen Menschen auseinandersetze. Da nehme ich was mit von den anderen Menschen, ich lerne jeden Tag Neues bei uns im Wohnheim, auch in jedem Gespräch und in Auseinandersetzungen, in denen

ich mich befinde, und so begreife ich einen Wertedialog. Gleichzeitig sind mir auch das Grundgesetz und die Grundrechte in diesem Land wichtig, das ist keine Frage. So begreifen wir auch die Arbeit mit unseren Bewohnern und Bewohnerinnen und sind da auch im regelmäßigen Austausch und Gespräch. Sicher sind auch andere Gäste und Gruppierungen herzlich willkommen. Wir haben das große Glück, einen großen Raum für solche Veranstaltungen in unserem Haus zu haben. Ich lade Sie herzlich ein. Wenden Sie sich an mich, dann können wir gern gemeinsam in Dialoge über ganz unterschiedliche Themen treten. Das wird sicher interessant.

Die letzte Frage zur Beratung von gewaltbetroffenen Frauen in Trennungssituationen, wenn es um Familiennachzug geht: Ich würde denken, dass die Frauenberatungsstellen in Berlin dafür gut aufgestellt sind. Wir hatten dort früher immer Rechtsberatung, und ich würde auch nach wie vor unsere Frauen, wenn so ein Thema aufträte, dorthin vermitteln. Ich gehe davon aus, dass das auch weiter so läuft.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Wahl! – Damit kommen wir zu einem vorläufigen Schluss, denn wir werden dieses Thema noch mal aufrufen, wenn wir das Protokoll der Anhörung – [Zuruf von Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)] – ich gehe davon aus mit dem Englischen – haben, und werden dann noch mal beraten und über die Anträge befinden. – Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei Frau Wahl. Thanks to Frau Kamau and the wonderful interpreter! Vielen Dank auch an Sie, dass Sie das übersetzt haben! Dann verabschiede ich Sie jetzt.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/2700

**Null Toleranz gegenüber weiblicher Beschneidung  
oder Genitalverstümmelung: Opfern helfen und  
Genitalverstümmelung verhindern**

[0240](#)  
ArbIntFrau  
GesSoz(f)

Vertagt.

### Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der  
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion  
Drucksache 17/2126

**Sexuelle Selbstbestimmung gewährleisten –  
Beratungsstellen bedarfsgerecht ausstatten**

[0201](#)  
ArbIntFrau  
GesSoz(f)  
Haupt

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Gewaltschutzambulanz an der Charité –  
Universitätsmedizin Berlin: Information über die  
Aufgaben, Arbeitsweise, Erfolge und  
Verbesserungsbedarf.**

[0221](#)  
ArbIntFrau

**Auswertung der Anhörung**  
(auf Antrag der Piratenfraktion)

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.